

100. Sitzung

am Freitag, dem 25. Oktober 2002, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	7261	Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 14/10265)	
Haushaltsplan 2003/2004;		hierzu:	
Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst		Änderungsantrag der Abg. Dr. Hahnzog u. a. (SPD) (Drs. 14/9532)	
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/10474)		Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 14/9532 .	7284
Staatsminister Zehetmair	7261, 7280	Beschluss zum Regierungsentwurf 14/10418 in Zweiter Lesung	7284
Frau Dr. Baumann (SPD)	7267, 7278	Schlussabstimmung zum Regierungsentwurf 14/10418	7284
Kupka (CSU)	7269		
Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	7271	Gesetzentwurf der Staatsregierung	
Dr. Spaenle (CSU)	7274	zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (Drs. 14/9608)	
Dr. Schuhmann (SPD)	7277	– Zweite Lesung –	
Dr. Wilhelm (CSU)	7278	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 14/10443)	
Volkmann (SPD)	7279	Beschluss	7284
Hufe (SPD)	7280	Schlussabstimmung	7284
Abstimmung über den Einzelplan 15	7282	Gesetzentwurf der Staatsregierung	
Mitteilung betreffend Erledigung von Änderungsanträgen zum Einzelplan 15 gemäß § 132 Abs. 5 GeschO (s. a. Anlage 1)	7283	zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen, des Heilberufe-Kammergesetzes und des Bayerischen Architektengesetzes (Drs. 14/9660)	
Schlussabstimmung über den Einzelplan 15 . . .	7283	– Zweite Lesung –	
Haushaltsplan 2003/2004;		Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 14/10445)	
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs		Beschluss	7284
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/10418)		Schlussabstimmung	7284
Beschluss zum Einzelplan 11	7283	Gesetzentwurf der Staatsregierung	
Gesetzentwurf der Staatsregierung		zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung (Drs. 14/9394)	
zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung (Drs. 14/9394)		– Zweite Lesung –	
– Zweite Lesung –		Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 14/10445)	
		Beschluss	7284
		Schlussabstimmung	7285

Antrag der Staatsregierung

Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 (Drs. 14/9865)

– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/10436)

Beschluss 7285

Schlussabstimmung 7285

Bestellung eines Mitglieds für den **Landesdenkmalrat**

Beschluss 7285

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 63 Abs. 6 GeschO **nicht einzeln beraten** werden (s. a. Anlage 2)

Beschluss 7286

Antrag der Abg. Hirschmann, Dr. Hahnzog u. a. (SPD)

Integrationspolitik (1)

Zuwanderinnen und Zuwanderer und Gesundheit in Bayern

Prävention (Drs. 14/9364)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 14/10262)

und

Antrag der Abg. Hirschmann, Dr. Hahnzog u. a. (SPD)

Integrationspolitik (2)

Zuwanderinnen und Zuwanderer und Gesundheit in Bayern

Aus-, Fort- und Weiterbildung der medizinischen Heil- und Hilfsberufe (Drs. 14/9365)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 14/10422)

und

Antrag der Abg. Hirschmann, Dr. Hahnzog u. a. (SPD)

Integrationspolitik (3)

Zuwanderinnen und Zuwanderer und Gesundheit in Bayern

Vernetzung und Kooperation im Gesundheitswesen (Drs. 14/9366)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 14/10421)

und

Antrag der Abg. Hirschmann, Dr. Hahnzog u. a. (SPD)

Integrationspolitik (4)

Zuwanderinnen und Zuwanderer und Gesundheit in Bayern

Gesundheitsberichterstattung (Drs. 14/9367)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 14/10170)

Frau Hirschmann (SPD) 7286

Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN) 7287

Ettengruber (CSU) 7288

Beschluss en bloc zu den SPD-Anträgen 14/9364, 14/9365, 14/9366, 14/9367 7289

Antrag der Abg. Dr. Dürr, Dr. Runge, Kellner u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Änderung des Vergaberechtsänderungsgesetzes (Drs. 14/9698)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 10442)

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN) 7289, 7291

Dr. Scholz (SPD) 7290

Rotter (CSU) 7290

Beschluss 7291

Abschiedsworte wegen Wahl in den Bundestag

Göppel (CSU) 7291

Dr. Gauweiler (CSU) 7292

Schluss der Sitzung 7293

(Beginn: 9.02 Uhr)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 100. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 4

Haushaltsplan 2003/2004;

Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Drucksache 14/10474)

Das Wort hat der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herr Zehetmair. Bitte schön.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich freue mich, dass ich trotz der allgemeinen Finanzlage mit dem Einzelplan 15 für Wissenschaft, Forschung und Kunst einen Haushalt vorlegen kann, der als stabil und solide bezeichnet werden kann. Natürlich fällt die Steigerungsrate im Jahre 2003 mit 0,2% bescheiden aus. In Zahlen heißt das: von 4038,5 Millionen € auf 4046,5 Millionen €. Im zweiten Jahr beträgt die Steigerung 1,6% auf 4 09,8 Millionen €. Damit übersteigt der Haushalt jeweils die Grenze von 4 Milliarden €.

Ich habe zurückgedacht: Als ich 1989 das erste Mal als Wissenschafts- und Kunstminister antrat, habe ich einen Haushalt in Höhe von 2,4 Milliarden € vorgelegt. Jetzt sind wir bei 4,046 Milliarden €. Das heißt, dass sich in den letzten 13 Jahren eine Erhöhung um zwei Drittel ergeben hat.

Mir ist das wichtig, und ich will dem Landtag insgesamt und im Besonderen – weil die Opposition sich nie durchringen kann zuzustimmen – der Regierungsfraktion danken, weil sie stets ein offenes Ohr für mich hatte und weil dieses Ergebnis nur mit gemeinsamer Arbeit zustande kommen konnte.

Meine Damen und Herren, aufbauend auf einem sicheren finanziellen Fundament wollen wir die wissenschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre meistern. Ich sage Ihnen: Das werden anstrengende Jahre. Mit dem 5. und 6. Änderungsgesetz zum Hochschulrahmengesetz haben wir zwei gravierende schädliche Parameter gegen uns stehen. Wer wie die Bundesregierung meint, dass man die Hochschulen mit dem alleinigen Qualifikationsmodell „Juniorprofessur“ stabilisiert, muss erfahren, dass dies nicht geschehen ist. Die Juniorprofessur wird sich, wenn sie alleine steht, als Fehlkonstruktion erweisen.

Die Habilitation muss daneben erhalten bleiben. Ich sage noch einmal: daneben. Sie ist notwendig und muss attraktiv sein. Ich nenne Ihnen eine Zahl: Im Jahre 2001 haben sich in Deutschland 2143 Nachwuchswissen-

schaftlerinnen und -wissenschaftler mit einer Habilitation ausgewiesen. Das sind 63% mehr als 1992. Wir hören den Vorwurf, die Habilitationsverfahren dauerten zu lange. Das ist oft richtig. Daher haben wir uns – das Ministerium und die CSU-Fraktion, vor allem Kollege Dr. Wilhelm – damit befasst und mit der Bayerischen Rektorenkonferenz zusammen ein Reformkonzept entwickelt, durch das eine zeitliche Straffung und die größere Unabhängigkeit im Habilitationsverfahren sichergestellt werden sollen. Dieses Konzept werden wir ehestmöglich in das Bayerische Hochschulgesetz aufnehmen.

Ich berichte Ihnen eine ganz dramatische Situation. Frau Kollegin Bulmahn hat nicht bedacht, wie künftig Fachärzte ausgebildet werden sollen. Sie hat nicht überlegt, was passiert, wenn eine frisch promovierte Juniorprofessorin, der in kurzer Zeit in Forschung und Lehre sehr viel abverlangt wird, nach sechs Jahren – dann ist „Matthäi am letzten“ – keine Lebenszeitprofessur erhält. Was passiert mit ihr? – Sie wird – wie man neudeutsch sagt – Jobloser. Sie wird in die Jobagentur des Herrn Gerster kommen und betreut werden müssen. Hinzu wird kommen – das macht derzeit die Dramatik aus –, dass Gerster – so habe ich es den Nachrichten entnommen – vier Milliarden € nachfordern muss.

Meine Damen und Herren, warum nenne ich die Zahl? Das ist exakt die Zahl, die dem Haushalt, den ich vertrete, insgesamt zur Verfügung steht. Mit diesem Betrag finanzieren wir in Bayern die Wissenschaft und Forschung, finanzieren die Universitäten, die Fachhochschulen, die Kliniken, die Museen, unsere Staatstheater und alles, was Kunst und Kultur betrifft. Die Bundesanstalt für Arbeit braucht den gleichen Betrag zusätzlich, um die immer größer werdenden Finanzlöcher im ständig anwachsenden Heer der Arbeitslosen zu stopfen.

Das heißt in der Politik: Fehler über Fehler gemacht. Das sind Fehler, die dem Wissenschaftsstandort Deutschland schaden, und wenn sie diesem schaden, werden sie auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland schaden. Das ist die Konsequenz.

Lassen Sie mich noch das Beispiel der Professorenbesoldung bringen, und denken Sie auch an Ihre Kenntnisse und Zahlen. Eine Professorin oder ein Professor der Besoldungsgruppe W 2, das ist ein großer Teil unserer Fachhochschulprofessoren, soll künftig in der Regel 3724 € monatlich verdienen. Ein Universitätsprofessor – wir würden sagen ein C 4-Mann, Lehrstuhlinhaber – bekommt zukünftig in der Besoldungsgruppe W 3 4522 € monatlich. Das sind Einkommen, die zwischen der Besoldung eines Oberamtsrats und eines Studiendirektors liegen. Damit kriegen Sie nicht die Besten, weder national noch – –

(Hufe (SPD): Und dem eines Abgeordneten!)

– Bitte? – Der Abgeordnete hat noch eine Aufwandsentschädigung.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Die hat er für den Aufwand und nicht für den Unterhalt!)

– Einverstanden. Ich werde mich hüten, das infrage zu stellen. Das ist nicht mein Part. Hier sitzen wir in einem Boot, das ist kein Problem.

Bleiben wir bei dem Thema Oberamtsrat/Studiendirektor. Ich will diese Leute nicht verpönen. Mit einem solchen Angebot können Sie aber international nicht konkurrieren. Das ist das Problem. Man braucht gar nicht zu sagen, man wolle die Leute aus Amerika zurückholen, weil sie bei diesen Angeboten nicht zurückkommen werden. Verbunden damit ist, dass wir, wenn wir wissenschaftlich zurückfallen, auch in der Wirtschaft weiter zurückfallen. Wir brauchen keine Nivellierungen, sondern wir brauchen Anreize für die Spitze.

In Bayern haben wir uns bemüht, solche Ansätze zu bringen. Lassen Sie mich in der gebotenen Kürze der Zeit, die man mich gebeten hat nicht zu überschreiten, einige Punkte ansprechen. Mit insgesamt 4,5 Millionen €, die wir aus verschiedenen Titeln zusammengelegt haben – dafür bin ich dankbar, weil wir dadurch flexibler sind –, können wir die Internationalität sowohl bei Studierenden als auch bei Nachwuchswissenschaftler vorantreiben. Das Bayerisch-Kalifornische Hochschulzentrum an der Universität Erlangen-Nürnberg und das Bayerisch-Französische Hochschulzentrum an den beiden Münchner Universitäten sind gute Beispiele. In beide Zentren ist jeweils ein Studienkolleg eingebunden, das der gezielten Förderung des Austausches von Studentinnen und Studenten dient.

Meine Damen und Herren, Bayern ist in den letzten Jahren ein attraktives Land für deutsche und ausländische Studierende geworden und hat großen Zuwachs erfahren.

Wir haben immer mehr Lehrveranstaltungen in Englisch und in anderen Sprachen angeboten. Wir haben Abschlüsse angeboten, die auch im angelsächsischen Raum Anerkennung finden. Wir haben die Fremdsprachenangebote als Zusatz zum Fachstudium deutlich verstärkt. Daraus erklärt es sich auch, dass im abgelaufenen Studienjahr 4600 Studierende allein aus den osteuropäischen Nachbarländern kamen. Im Einzelnen waren es 925 aus Bulgarien, 561 aus der Ukraine, 828 aus Polen, 710 aus der Russischen Föderation, 655 aus Ungarn und 478 aus Rumänien. Ich habe diese Länder aufgezählt, damit Sie sehen, woher die Studierenden kommen. Es handelt sich zum großen Teil um Beitrittsländer, die vor der Türe stehen. Sie können hier argumentieren, wie sie wollen – mit Schlagworten wie Wirtschaftsfragen oder Fleischtöpfe –, aber der Ausbau des Wertebewusstseins in der internationalen Bildungskonzeption ist die beste Stabilisation von Frieden und Freiheit für morgen und übermorgen. Davon bin ich jedenfalls überzeugt.

Von den 45 neuen Studiengängen an Bayerns Universitäten und Fachhochschulen haben wir 24 an den Universitäten und sechs an den Fachhochschulen mit den neuen international ausgerichteten Abschlüssen Bachelor bzw. Master eingerichtet. 10,5% aller Studierenden, die an unseren Hochschulen eingeschrieben sind, sind ausländische Studierende. Das sind 23085 Studierende.

Herr Präsident, Hohes Haus, mit dem eben begonnenen Wintersemester haben wir bei den Ersteinschreibungen einen Zuwachs an Studentinnen und Studenten von rund 4% erreicht. Das ist kein Ausnahmefall, wir müssen bis zum Jahr 2013 oder 2015 mit einem steten Zuwachs an Studierenden rechnen. Der Zuwachs wird nach den Prognosen so groß sein, dass die Universitäten mehr Studentinnen und Studenten aufnehmen müssen, als derzeit die TU München und die Universität Bamberg zusammen haben. Ich sage dies, damit Sie einmal die Größenordnung sehen. Ich bin auch dem Haushaltsausschuss dankbar dafür, dass er diese Entwicklung sieht. Der jetzige Schülerberg wird in den nächsten Jahren immer mehr zum Studentenberg werden, und dem müssen wir mit einer flexiblen Haushaltsführung Rechnung tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

An den Fachhochschulen haben wir einen Zuwachs von 5,6%. Dort sind derzeit 28% aller Studierenden eingeschrieben. 1998 – also vor vier Jahren – lag dieser Anteil noch bei 22%. Wenn ich die Zahlen weiterrechne, könnte Bayern das erste deutsche Land werden, welches die Vorgabe des Deutschen Wissenschaftsrates erfüllt, wonach von den Studentinnen und Studenten 60% an den Universitäten und 40% an den Fachhochschulen eingeschrieben sein sollten. Im Jahr 2010 könnten wir an diese 40%-Marke herankommen, vor allem wenn der Mut Platz greift, Ausbildungsgänge nicht unbedingt nur an den Universitäten, sondern auch an den Fachhochschulen einzurichten.

Die Wohnraumsituation war bei den Beratungen im Haushaltsausschuss das Thema Nummer eins. Sie ist in der Tat zunehmend dramatisch, und am gravierendsten ist sie im Großraum München. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass die Wohnraumsituation in München insgesamt dramatisch ist. Es hat mit der mangelnden Wohnraumpolitik in dieser Stadt zu tun. Davon sind auch die Studentinnen und Studenten betroffen. Gleichwohl wird das Studentenwerk bis 2006 durch Neubauten und Verdichtungsmaßnahmen mit einem Kostenvolumen von 128 Millionen € rund 2250 neue Wohnheimplätze schaffen. Für 865 Plätze steht das Geld zur Verfügung, und die Finanzierung ist gesichert. Dennoch müssen wir die Anstrengungen beim Studentenwohnraumbau weiter verstärken.

Sie alle erinnern sich daran, dass der Oberste Rechnungshof die hohen Rücklagen des Studentenwerks beanstandet hat. Daraufhin wurden die Rücklagen reduziert, was aber falsch gewesen ist, weil damit die Vorräte aufgezehrt wurden. Jetzt müssen wir nachhelfen, und das wird unsere gemeinsame Aufgabe sein. Ich hoffe, dass wir noch im November die nächste Baumaßnahme auf der Panzerwiese in München auf den Weg bringen können. Außerdem bitte ich Sie darum, dass Sie zwischendurch die Absicht des Studentenwerks, billige Mietwohnungen für Studenten durch Prämien und Beiträge zur Verfügung zu stellen, im dafür einschlägigen Haushaltsplan für die Oberste Baubehörde unterstützen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, der Bund hat 1981 die Förderung von Stu-

dentenwohnheimbauten eingestellt. Da das, was ich zur Studentenzahrentwicklung gesagt habe, nicht nur für Bayern, sondern für das gesamte Deutschland gilt, bitte ich Sie, dass Sie dieses Thema auf Bundesebene wieder aufgreifen. Wenn Ihren Bemühungen dann auch noch Geld folgt, wäre es ganz gut.

Die bayerischen Hochschulen genießen nicht nur bei den ausländischen Studierenden ein hohes Ansehen, sondern auch bei den ausländischen Gastwissenschaftlern. Erst jüngst haben wir die Zahlen von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, der renommiertesten Vermittlerstelle für ausländische Nachwuchswissenschaftler, bekommen. 3000 Humboldt-Spitzenkandidaten und -stipendiaten wurden in die Auswertung einbezogen. Die Nummer eins und die Nummer zwei in der Beliebtheitskala der deutschen Universitäten sind die beiden Universitäten in München. Ihnen folgen auf den vorderen Rängen die Universitäten Erlangen-Nürnberg und Würzburg. Insgesamt stellte die Untersuchung fest, dass sich von den 1467 Wissenschaftlern an den 20 beliebtesten Universitäten 360 – das ist jeder Vierte – für Bayern entschieden haben. Auch das ist eine positive Bilanz.

(Beifall bei der CSU)

Aus den Mitteln für die Internationalisierung unterstützen wir auch das Hochschulmarketing. Wir präsentieren uns mit unseren Hochschulen international. Wir unterhalten derzeit etwa 1350 Kooperationen mit Hochschulen in mehr als 70 Ländern.

Die fachliche Exzellenz bayerischer Hochschulen belegen auch die Drittmiteinnahmen. Bayerns Universitäten haben im Jahr 2001 317 Millionen € an Drittmitteln eingeworben. Das sind 50% mehr als im Jahr 1995. In absoluten Zahlen ausgedrückt: Es waren 107 Millionen € oder 215 Millionen Mark mehr. Das leuchtende Beispiel für die Drittmittelwerbung will ich auch heute im Plenum erwähnen. Es ist das neue Rudolf-Virchow-Center für experimentelle Biomedizin an der Universität in Würzburg. Dieses Institut leistet eine exzellente Arbeit in der Biomedizin. Unter 80 Mitbewerbern in Deutschland hat es als Alleinbewerber – nicht wie andere im Verbund mit Max-Planck – den Sieg errungen und bekommt in den nächsten zwölf Jahren jeweils 5 Millionen €. Das sind insgesamt 60 Millionen € für diesen Sonderforschungsbereich. Dazu trägt auch der Freistaat sehr viel bei, denn er stellt 30,3 Millionen € aus der Hightech-Offensive für den Neubau zur Verfügung. Zusätzlich werden 2,3 Millionen € für die Einrichtung zur Verfügung gestellt.

Mit Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Universitäten sich nun allmählich auch stärker um EU-Fördergelder kümmern. Seit 1995 hat dieser Zugriff mit 20,3 Millionen € mehr als das Doppelte an Geld gebracht. Um dieses Ergebnis noch weiter zu steigern, richten wir derzeit eine zentrale EU-Servicestelle ein. Sie wird abgekürzt ZEUS genannt. Ihre Aufgabe ist es, potenzielle Antragsteller über die verschiedenen Förderprogramme und die oft schwer überschaubaren Verfahren zu beraten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, nun zu den aktuellen Entwicklungen beim bayerischen Hochschulreformprozess einige Worte:

Landtag und Staatsregierung haben, nachdem sie schon 1998 mit dem Hochschulreformgesetz – noch vor der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes – eine Vorreiterrolle in Deutschland gespielt haben, den Hochschulen in den letzten Jahren Schritt für Schritt durch Deregelungen Spielräume eröffnet und die flexible Gestaltung der Hochschulhaushalte ermöglicht. Ich nenne nur die Verankerung der Übertragung der Haushaltsmittel im Haushaltsplan, die Lockerung und Aufhebung der Stellenplanbindung im Bereich der Arbeiter und Angestellten, den zweckfreien Verbleib der Zinseinnahmen aus privaten Drittmitteln bei den Hochschulen, die Aufhebung des Verbots zur Verstärkung der Mittel für Überstundenvergütungen, die Ermöglichung der Patentverwertung durch die Hochschulen in Verbindung mit Unternehmensgründungen und die weitere Flexibilisierung und Beschleunigung des Bauverfahrens.

Weitgehende Flexibilität beim Einsatz der fast durchgängig deckungsfähigen Haushaltsansätze sowie die Übertragbarkeit der Haushaltsmittel garantieren den Hochschulen – das sage ich mit Nachdruck, weil ich mir keinesfalls sicher bin, ob die Zeiten nicht noch instabiler statt stabiler werden – weitreichende Spielräume. Verfallen wir nicht in den Fehler, diese Verbesserungen aufzugeben, sonst bricht sofort wieder das Dezemberfieber aus und die wachsende Verantwortung der Hochschulen erleidet unsäglichen Schaden.

(Beifall bei der CSU)

Die Flexibilisierung der Hochschulhaushalte, die den effizientesten Einsatz der Mittel für Lehre und Forschung gewährleisten soll, wird auch in diesem Haushaltsentwurf fortgesetzt. Eines darf ich an dieser Stelle gleichwohl deutlich sagen: Die Qualität des flexiblen Haushalts hängt nicht von dem mittlerweile als Wunderwaffe benutzten Begriff „global“ ab, sondern von den Möglichkeiten, die die Hochschulen bei der Bewirtschaftung ihrer Haushaltsmittel haben, und von der Art und Weise, wie sie diese nutzen. Es liegt allein an den Hochschulen, dieses Instrumentarium richtig und vollständig einzusetzen. Im Übrigen darf ich feststellen: „Globalhaushalt“ kann nicht bedeuten, dass Staat und Parlament nur noch das Geld bewilligen, ansonsten aber nichts mehr zu sagen haben. So kann man keine vernünftige Politik für das ganze Land gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Die ideologische Überstrapazierung des Begriffs „Globalhaushalt“ ist weit weniger wert als eine gelebte Partnerschaft zwischen Staat und Hochschulen, wie sie sich in Bayern bewährt.

Ich danke dem Hohen Hause dafür, dass es auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen stets eine angemessene Finanzausstattung der Hochschulen sichergestellt hat und sicherstellt. Ich danke Ihnen, dass Sie mich auf dem eingeschlagenen Weg einer schrittweisen Flexibilisierung der Hochschulhaushalte stets unter-

stützt haben. Dies betrifft insbesondere die rechtliche Verankerung der Übertragung und vorzeitigen Inanspruchnahme der Ausgaberechte, die in den Haushalt aufgenommen wird. Daneben sieht Artikel 17 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes eine Ergänzung des Hochschulgesetzes vor, nach der den Hochschulen ein Wahlrecht bei Durchführung des Bauunterhalts und der kleinen Baumaßnahmen – Bauverwaltung, Dritte oder in eigener Zuständigkeit – eingeräumt wird. Dies ist ein großes Anliegen der Hochschulen.

Eine kurze Bemerkung zum Forschungsreaktor FRM II: Der neue höchst leistungsfähige Forschungsreaktor, dem nach einer Empfehlung des Wissenschaftsrates der Rang einer nationalen Forschungseinrichtung zukommt, ist betriebsbereit. Alle Auflagen des Bundes sind erfüllt. Trotzdem verzögert der Bundesumweltminister aus ideologischen Gründen die Erteilung der längst überfälligen dritten Teilgenehmigung. Dass der Stillstand den deutschen Steuerzahler täglich 125 000 € kostet, scheint nicht zu interessieren. Zu dem finanziellen Schaden kommen die – weitaus schlimmeren und nicht bezifferbaren – Schäden: Im Garching Reaktor könnten beispielsweise Tumorkrankheiten und -patienten behandelt werden, die dringend auf ihre Behandlung warten. Hinzu kommt, dass der Forschungsreaktor als Spitzenforschungsgesamt optimale Bedingungen für eine ganze Reihe von zukunftssträchtigen Forschungen eröffnet und uns die zukunftssträchtigen Forscherinnen und Forscher davonlaufen, wenn sie nicht bald die Arbeit aufnehmen können.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Forschung Bayerns hat in der Welt einen hervorragenden Ruf. Das hat auch die Entscheidung der Firma GE gezeigt. GE hatte in Brandenburg unvergleichlich bessere Angebote als in Bayern. Aber das Unternehmen hat erkannt, dass es nirgends eine so qualifizierte Forschungslandschaft vorfindet wie hier am Fokus München. Darum hat sich wohl der bedeutendste Global Player aus den Vereinigten Staaten von Amerika dafür entschieden, hierher zu kommen. Natürlich handeln solche Unternehmen nicht aus einem Samariterdenken heraus. Das wissen wir längst. Da muss man straff dranbleiben und seine Position teuer verkaufen. Genau das werden wir tun, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unser Know how verschenken wir nicht; die Zeiten sind vorbei.

Wir verfügen über Sonderforschungsbereiche in einer Zahl wie kein anderes Land in Deutschland. Dazu kommen die über 30 Bayerischen Forschungsverbände, die über die Forschungsförderung und universitätsübergreifend hervorragende Erfolge zeitigen. Wir haben an allen Hochschulen Technologietransferstellen für die Kontaktaufnahme mit der Wirtschaft und für die Anwerbung von Forschungsaufträgen eingerichtet und bieten Messebeteiligungen als Plattform für eine Kontaktaufnahme zwischen Hochschulen und Unternehmen.

Mit einem Bonusprogramm honorieren wir die Auftragsforschung im anwendungsbezogenen Bereich. Seit 1995 haben wir dafür Mittel in Höhe von über 5 Millionen € einsetzen können, was anerkannten Forschungs- und Ent-

wicklungsaufträgen im Wert von 38 Millionen € entspricht. Neu ist die sogenannte Internetplattform Bay-Dat-Online. Dieses bundesweit einzigartige Informationssystem ermöglicht es jedermann und jeder Frau, der bzw. die das Internet nutzen kann, sich kostenlos, schnell und umfassend über die bayerischen Hochschulen zu informieren. Unter anderem wird eine Kooperationsbörse angeboten. Hier sind auch die Forschungsprofile von Lehrstühlen beschrieben, wodurch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wesentlich erleichtert wird.

Sie kennen die Abkürzungen „Hochsprung“ und „Flügge“. Es handelt sich dabei um Hilfsprogramme für Unternehmensgründungen, die wir im Gründernetzwerk Bayern verankert haben und für die wir im Rahmen der Hightech-Offensive in den letzten zwei Jahren 2,5 Millionen € zur Verfügung stellen konnten. Sie kennen das Bayerische Förderprogramm zum Übergang in eine Gründerexistenz, kurz „Flügge“. Für die Leute bedeutet das: Halber Job an der Uni, und mit der anderen Hälfte der Arbeitskraft geht man das Risiko ein, einen Betrieb aufzubauen. Geht es gut, wechselt man in die Wirtschaft; geht es nicht gut, fällt man nicht ins Leere. Das ist ein Sozialplan, der für die Unternehmenskultur förderlich ist und dazu geführt hat, dass wir immerhin 76 Neugründungen von Unternehmen unterstützen konnten, die 380 Arbeitsplätze geschaffen haben.

Ähnliches gilt für „Bayern Patent“. Dabei handelt es sich um eine Unterstützungsbörse für Erfinderberatung, Patentbewertung und Patentverwertung. 2001 gingen insgesamt 162 Erfindungsmeldungen ein; bis Ende August dieses Jahres waren es bereits 153 Erfindungsmeldungen, sodass wir sicher einen neuen Rekord aufstellen können.

Nur auf den ersten Blick in den Haushalt mag man es als betrüblich empfinden, dass die Mittel für Lehre und Forschung von 171 Millionen € auf 167 Millionen € reduziert wurden. Schaut man genau hin, so findet man vier neue Haushaltsansätze. So kann die Virtuelle Hochschule Bayern nach Auslauf der Anschubfinanzierung aus der Hightech-Offensive mit knapp 4 Millionen € ihre Dauerexistenz sicherstellen. Zu nennen ist weiter die neue Max-Planck-Forschungsgruppe Optik, Informatik und Photonik mit einem jährlichen Haushaltsansatz von 3 Millionen €. Wir gehen davon aus, dass die Max-Planck-Gesellschaft ebenfalls 3 Millionen € zur Verfügung stellt. Das Problem der Baumaßnahme muss zwar noch gelöst werden, aber das operative Geschäft ist sichergestellt. Für die Kollegen aus dem Raum Nürnberg-Erlangen – einer sitzt direkt vor mir – sage ich: Damit ist die „Max-Planck-freie-Zone Nordbayern“ nicht mehr existent.

(Herrmann (CSU): Höchste Zeit! – Zuruf von der SPD: Das ist nicht Ihr Verdienst!)

– Doch, das ist schon mein Verdienst.

(Zuruf von der SPD: Unser Verdienst!)

– Einverstanden, unser Verdienst. Der Erfolg hat viele Väter. Hauptsache, wir haben das Ziel erreicht; das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CSU)

Für das Bayerische Genomforschungsnetzwerk haben wir ab 2004 3,87 Millionen € eingeplant. Für den Forschungsverbund Prionforschung sind ab 2004 1,6 Millionen € vorgesehen.

Rechnet man die Mittel dafür dazu, so steigen die Gelder – Herr Kollege Dr. Wilhelm – auf 174 Millionen € in 2003 und auf 179,5 Millionen € in 2004, sodass wir einen Zuwachs von 3 Millionen € in 2003 und von weiteren 5,5 Millionen € in 2004 haben werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rede ja ohnehin so schnell, damit ich die Zeit einhalte. Jetzt müssen Sie wenigstens so viel Geduld haben, meine Damen und Herren. Was wollen Sie denn als Glanz für Bayern haben, wenn Sie nicht den Haushalt für Wissenschaft, Forschung und Kunst als solchen betrachten wollen? Ich sage das mit Stolz, wenn ich bedenke, was wir im deutschlandweiten und internationalen Vergleich bei den Uniklinika bieten können.

Die Universitätsklinik und die medizinischen Fakultäten sind der zentrale Ort der klinischen und medizinischen Forschung und der Lehre des medizinischen Fortschritts. Im bundesdeutschen Vergleich zählen die bayerischen Einrichtungen zur Spitze und haben auf einer Vielzahl von Forschungsfeldern international ihre Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis gestellt. Die Mittel werden von 422 Millionen € in 2002 auf jeweils 434 Millionen € in 2003 und 2004 erhöht.

Dennoch erfüllt mich die Entwicklung bei den Universitätsklinik vor dem Hintergrund der rot-grünen Gesundheitsgesetzgebung mit größter Sorge. Die Entscheidung der Bundesregierung und des Bundesgesetzgebers, in kürzester Zeit das gesamte Finanzierungssystem der Krankenhäuser komplett auf ein neues Fallpauschalensystem, das so genannte DRG-System, umzustellen, verwandelt diesen wichtigen Bereich der Gesundheitsversorgung in ein gigantisches Experimentierfeld, bei dem vor allem die Patientinnen und Patienten die Verlierer sein werden. Die mangelnde Bereitschaft des Bundesgesetzgebers, der Sondersituation der Universitätsklinik als Einrichtungen der Supramaximalversorgung Rechnung zu tragen, geht ebenso zulasten des medizinischen Fortschritts wie der multimorbiden und chronisch kranken Menschen. Überhastet und überstürzt sowie ohne grundlegende Anpassung wird in Deutschland ein australisches Entgeltsystem komplett übernommen, obwohl eine grundlegende Anpassung an die deutschen Verhältnisse und eine sorgfältige Erprobung unverzichtbar wären. Eine Politik des Bundes, die auf eine Entlastung der Krankenkassen auf Kosten der Länder und Kommunen abzielt, können und wollen wir nicht unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Stellenhaushalt: Die ungünstigen finanziellen Rahmenbedingungen erfordern in diesem Doppelhaushalt den Verzicht auf neue kostenwirksame Stellen. Ich bin daher dem Herrn Finanzminister dankbar – ich hoffe, ich

kann es dem Hohen Hause so weitergeben –, dass er zugestimmt hat, neben den 110 Stellen aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm – HWP –, die für die Fachhochschulen bestimmt sind, 92 Stellen bei den Universitäten und 48 Stellen bei den Fachhochschulen, die im Rahmen der Hightech-Offensive geschaffen wurden, auf Dauer zu etatisieren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scholz (SPD))

– Zulasten von gar nichts. Das sind ganz klar Stellen, die wir auf diese Weise haben werden. Jeder, der auf einer solchen Stelle sitzt und bisher nicht wusste, wann es zu Ende geht – für viele lief die Finanzierung Ende 2003, für manche bereits Ende 2002 aus – weiß jetzt, dass der Arbeitsplatz sicher ist. Das ist entscheidend, weil wir dann wieder mit Zuverlässigkeit lehren und forschen können.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Planungssicherheit. Dass Sie in einem Haushalt – auch zu Hause – einmal die Situation haben, mit weniger auskommen zu müssen, ist zu verkraften. Es muss aber planbar sein. Schwierig wird es, wenn die Situation ad hoc auftritt. Wenn man beispielsweise einen schmalen Haushalt für die Hochschule für Politik hat und dann plötzlich durch eine zusätzliche Sperre die Existenzfrage gestellt ist, dann ist das bitter und muss so weit wie möglich verhindert werden.

Wenn Sie zustimmen, geben Sie mit dieser Vorgabe der Staatsregierung die Möglichkeit, 110 plus 92 Stellen und weitere 48 Stellen für den Ausbau der Fachhochschulen sicherzustellen, dazu in der Klinik Regensburg zwei Lehrstühle C 4 und vier Stellen für wissenschaftliches Personal. Dafür bedanke ich mich im Voraus. Es ist wichtig, in schwieriger Zeit Sicherheit zu haben. Auch 92 Stellenhebungen, vor allem im akademischen Mittelbau, will ich dankbar erwähnen.

Ganz zufrieden bin ich mit den Mitteln für den staatlichen Hochbau: Ich sage das, wie bekannt, selten. 2003 stehen 311 Millionen € und 2004 316 Millionen € zur Verfügung. Davon stellen wir 122 bzw. 133 Millionen € bereit, um unsere Klinik zu sanieren und zu modernisieren. In dem Entwurf der Anlage S des Einzelplans 15 konnten 48 Baumaßnahmen mit geschätzten Kosten von 609 Millionen € neu aufgenommen werden; das sind 1,25 Milliarden DM. In diesem Jahr habe ich Freigaben für die Ausführungsplanung in Höhe von 519 Millionen €, also weit über 1 Milliarde DM, erteilt. Besonders hervorheben möchte ich die Zahnklinik in München mit 40 Millionen €, die Einrichtung eines Bettenhauses für das Klinikum rechts der Isar mit 50,9 Millionen €, den zweiten Bauabschnitt des Nichtoperativen Zentrums in Erlangen mit 91,9 Millionen € sowie den Neubau für Innere Medizin in Würzburg mit insgesamt 153 Millionen €. Baufreigaben habe ich bisher in Höhe von 356 Millionen € erteilt.

Der Einzelplan 15 trägt damit – ich darf sagen: wie kein zweiter in Staatshaushalt – zu einer hohen Investitionsquote bei und leistet damit einen herausragenden Beitrag zur Stützung der Baukonjunktur und des Arbeitsmarktes in schwieriger Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Ich will nicht verhehlen, dass ich mich über die Existenz eines Titels – auch wenn er schlank ist – besonders freue. Es ist der im Kapitel 15 05 ausgebrachte Planungstitel 710 25, der es uns ermöglicht, das so genannte Süd-Ost-Gelände an der Gabelsbergerstraße, das einst von der Technischen Universität genutzt wurde, zu planen. Die Neukonzeption sieht vor, die Hochschule für Fernsehen und Film und den Neubau für das Staatliche Museum für Ägyptische Kunst dort unterzubringen. Sie verstehen, dass ich im Zusammenhang mit dem jüngsten glänzenden Ereignis, über das wir uns alle zu Recht freuen konnten – die Eröffnung der Pinakothek der Moderne – die Vision habe, dieses Museumsviertel vis à vis der Alten Pinakothek an der Gabelsbergerstraße mit einem renommierten Bau einer zukunfts-trächtigen Hochschule – das ist die Hochschule für Fernsehen und Film im Internetzeitalter ohne Zweifel – sowie mit der ägyptischen Kunst, die bei hervorragenden Exponaten und einer bescheidenen Unterbringung so lange schon auf Besserung wartet, aufzuwerten.

Das ist eine Perspektive, über die ich mich ebenso freue wie darüber, dass wir Ende November endgültig den Architekturwettbewerb für das Bauwerk der Sammlung Anette und Udo Brandhorst werden ausschreiben können. Gerade diese Sammlung hat in den letzten Monaten spektakuläre Ankäufe getätigt. Das alles geschah aus dem privaten Fonds des Witwers Brandhorst. Ich sage das, weil manche fragen: „Was gibt er dem denn alles?“ Wir haben 300 Millionen in der Schatulle der Stiftung. Die Zinsen daraus sind weit höher als die Mittel, die Sie mir derzeit für den Ankauf in allen staatlichen Museen genehmigen können. Diese Mittel stehen uns zur Verfügung, und das ist neben der Sammlung das Interessante, wenn ich das augenzwinkernd sagen darf.

(Beifall bei der CSU)

Mit der personalpolitischen Weichenstellung im Haus der Kunst – mit dem Belgier Chris Dercon haben wir eine Kapazität von europäischem Rang nach Ausscheiden des zehn Jahre wirkenden Direktors Christoph Vitali gefunden – geht eine Anhebung des staatlichen Zuschusses auf 3,345 Millionen € gegenüber bisher 2,04 Millionen € einher. Dafür danke ich Ihnen besonders, weil auf diese Weise die Mitgesellschafter im Schiff bleiben und wir das Glanzlicht weiter garantieren können.

Es soll aber nicht der Eindruck entstehen, alles werde in München zentriert. Ich darf erwähnen: 2000: Eröffnung des Staatlichen Museums für Kunst und Design in Nürnberg und Eröffnung des Museums Schäfer in Schweinfurt 2001: Eröffnung des Museums der Phantasie in Bernried. Daneben gab es die Eröffnung zweier kommunaler Museen, an denen wir kräftig beteiligt sind: Alf-Lechner-Museum in Ingolstadt in 2000 und Kulturspeicher in Würzburg in diesem Jahr.

Dass uns andere Länder um die Eröffnung von sechs neuen Museen in drei Jahren – einzigartig im europäischen Vergleich – beneiden, ist daher nicht verwunderlich. In einer Ära der Globalisierung bildet Kultur die Grundlage der Identität. Die Museen sind hierin ein

beständiger Pfeiler. Sie sind auch ein Musterbeispiel für öffentliche Verantwortung und privates Engagement. Die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, Kunst und Kultur zu fördern, wird nur dann vorhanden sein, wenn sich der Staat in diesem Bereich ebenfalls finanziell engagiert.

Im Einzelplan 15 geben wir rund 370 Millionen € jährlich aus, das sind fast 10% der Ausgaben für Kunst und Kulturpflege. Hinzu kommen noch circa 11 Millionen € aus dem Kulturfonds. Dass trotz der Sondermittel dort die Ansätze für die Kultur nicht gekürzt wurden, sondern erhöht werden konnten, zeigt den Stellenwert, den Bayern hier dem verfassungsrechtlichen Auftrag gibt.

(Beifall bei der CSU)

Die Erhöhung der Zuschüsse für nichtstaatliche Theater um immerhin 0,7 Millionen € und die Anhebung der Fördermittel für die Musikpflege um 2 Millionen € legen Zeugnis ab, dass wir unsere international renommierten Stätten der Hochkultur wie Oper und Theater pflegen, aber ebenfalls die kulturellen Einrichtungen der Fläche des Landes und deren Aktivitäten, die den Kulturstaat Bayern so reich und vielgestaltig machen. Was wäre Bayern ohne seine nichtstaatlichen Orchester, Theater und Museen, die sicher noch mehr Förderung verdienen, wenn das dafür notwendige Geld vorhanden wäre.

(Beifall der Frau Abgeordneten Lochner-Fischer (SPD))

Gleiches gilt auch für die Sing- und Musikschulen. Durch Umschichtung aufgestockt wurden die ursprünglich veranschlagten Mittel für Denkmalpflege. In beiden Jahren gibt es insgesamt 3,4 Millionen € zur Erhaltung der Baudenkmäler und 600 000 € für die Bodendenkmalpflege.

Für das Haus der Bayerischen Geschichte sage ich danke schön. All die staatlichen Leistungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen – das sage ich mit Blick auf Berlin, das immer so laut tönt –, dass die Hauptleistungen in den Kommunen und privat vor Ort erfolgen.

(Beifall des Abgeordneten Kränzle (CSU))

Kultur begegnet man in erster Linie auf der örtlichen Ebene. Diese unterstützen wir.

Kultur macht die Gemeinschaft lebensfähig. Die Einzigartigkeit und der Reichtum der Kulturlandschaft Bayerns müssen auch für die künftigen Generationen erhalten bleiben. Dafür übernehmen wir mit dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf auch in finanzpolitisch schwieriger Zeit Verantwortung.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke allen, die mitgewirkt haben, dem Berichterstatter und der Berichterstatterin im Haushaltsausschuss, ich danke dem Haushaltsausschuss im Ganzen und dem Vorsitzenden Manfred Ach. Ich bitte Sie, dem Entwurf des Einzelplans 15 zuzustimmen, damit wir – ich sage das ganz bewusst – den erfolgreichen Weg, den wir in Wissenschaft, Forschung und Kunst eingeschlagen haben, fortsetzen können.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Staatsminister, wenn Sie mit dem Haushalt genauso sorgsam wirtschaften wie mit Ihrer Redezeit, dann ist das perfekt.

(Beifall bei der CSU)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Redezeit von 1 Stunde und 30 Minuten festgesetzt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 42 Minuten, auf die SPD-Fraktion 30 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 18 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Dr. Baumann das Wort.

Frau Dr. Baumann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre zu der Generation, die einen einigermaßen guten Sozialkundeunterricht genießen konnte. In der Schule hatte ich gelernt, dass das Haushaltsrecht das höchste Recht des Parlaments ist. In den letzten vier Wochen habe ich aber erlebt, dass das offensichtlich nicht mehr gilt. Der Haushaltsentwurf und damit auch der Einzelplan 15 ist mir etwa am 25. September ins Zimmer gelegt worden, als wir auf einer Klausurtagung waren. Das gilt für Sie von der CSU genauso. Beraten wurde der Haushaltsentwurf nach drei Wochen am vergangenen Dienstag im Haushaltsausschuss, und heute ist er schon im Plenum. Solch einen Zeitdruck habe ich in den 12 Jahren, die ich dem Parlament angehöre, noch nie erlebt. Ich finde das unglaublich.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der nächtlichen Lektüre konnte man langsam nachvollziehen, dass es sich um einen Sparhaushalt handelt. Sie haben es unmöglich gemacht, mit den betroffenen Menschen im Land darüber zu reden. Ich werde auf einzelne Punkte noch zurückkommen.

Herr Minister, Sie haben Ihre Rede mit dem Dank an die CSU-Fraktion für das offene Ohr, welches Sie bei der Fraktion für Ihren Haushalt gefunden hätten, begonnen. Ich kann umgekehrt das Lob des Parlaments an die Staatsregierung, dass der Entwurf richtig wäre, nicht zurückgeben. Ich werde noch zwei Punkte anführen, die zeigen, wie mit Parlamentsbeschlüssen umgegangen wird.

Sie haben die Einführung der Juniorprofessur kritisiert. Es liegt aber an Ihnen, wie Sie diese im Land ausstatten. Es liegt an Ihnen, ob Juniorprofessoren die Möglichkeit nach dem bayerischen Hochschulrecht erhalten, tatsächlich selbstständig zu arbeiten und Karriere zu machen. Es liegt an Ihnen allein, nicht an diesem Hohen Haus, die Lehrverpflichtung für die Juniorprofessuren festzusetzen.

Das Hochschulrahmengesetz kann nur den Rahmen der Lehrverpflichtung angeben. Ob Sie die Juniorprofessoren und -professorinnen vier Stunden oder acht Stunden lehren lassen, das liegt bei Ihnen. Mir geht das Ganze

auf den Keks. Ich kann Ihre Argumente nicht mehr hören. Seit über einem Jahr torpedieren Sie die Einführung der Juniorprofessur und behaupten, die Juniorprofessoren würden mit einer Lehrverpflichtung von acht Stunden belastet. Sie haben es doch in der Hand, das Lehrdeputat auf vier Stunden zu senken. Warum tun Sie es nicht?

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die mit dem jetzigen Haushaltsplan vorgelegte größere Flexibilisierung der einzelnen Haushaltstitel für die Hochschulen gelobt. Ein solches Lob würde ich auch gerne aussprechen, aber es läuft jetzt anders, als wir uns das bei den Anträgen zur Globalisierung der Hochschulhaushalte im Rahmen der Beratung des Hochschulgesetzes vorgestellt haben. Jetzt gibt es eine Austauschbarkeit in den Titelgruppen. An einer Stelle sagten Sie, dass es nicht sein könne, dass der Staat und das Parlament nur noch das Geld bewilligten, aber kein Mitspracherecht mehr hätten. Aber genau das tritt jetzt ein. Die Titelgruppe 73 hat einen bestimmten Umfang, wir können aber nicht mehr nachvollziehen, was die Hochschulen mit dem Geld machen. Die Hochschulen sind für Frauenförderung und Weiterbildung zuständig, aber eine genaue Festlegung gibt es nicht. Globalisierung der Hochschulhaushalte heißt – so machen es die SPD-regierten Länder –, dass vorher Ziele vereinbart werden, die von den Hochschulen mitgetragen werden. Jetzt können sie mit dem Geld machen, was sie wollen. Hinterher kann man nicht mehr nachvollziehen, was die Hochschulen mit dem Geld tatsächlich gemacht haben.

Wir haben im Zusammenhang mit einem Kindergartenproblem gemeinsam mit Ministerialbeamten überlegt, ob es sinnvoll wäre, vorübergehend aus der Titelgruppe 73, Lehre und Forschung, Personal für die Kinderbetreuung zu finanzieren. Das geht aber nicht mehr. Wir wissen nicht, was mit diesem Geld gemacht wird. Wir beschließen jetzt einen Haushalt, haben aber keine Kontrollmöglichkeit mehr. Möglicherweise kann das Ministerium noch kontrollieren, aber die Abgeordneten können das nicht mehr nachprüfen.

Sie beklagen den Wissenschaftstarif W 2 und W 3. Sie haben gesagt – das glaube ich Ihnen auch –, dass Sie den Professorinnen und Professoren mehr Geld zur Verfügung stellen möchten. Die Verhandlungsposition der Konservativen im Bundesrat bei der Beratung des Hochschulrahmenrechts war jedoch eine andere. Die Position W 2 und W 3 wurde nach unten aufgemacht. Es sollte zwar auch der Deckel nach oben gehoben werden, aber mit der Formulierung, die im Bundesrat zur Entscheidung anstand, wurde der Tarif W 2 und W 3 nach unten aufgemacht. Wir im Ausschuss haben das einvernehmlich geändert und in den Bundesrat eingespeist. Es ist möglich, dass die Länder mehr bezahlen können, als im Hochschulrahmenrecht vorgegeben ist.

Sie haben sich zu den Abschlüssen Bachelor und Master geäußert. Wir haben darüber im Ausschuss diskutiert und unterschiedliche Ideen dazu ausgetauscht. Ich glaube, der Beschluss der Staatsregierung, dass Absolventen und Absolventinnen mit einem Bachelorab-

schluss der Fachhochschule lediglich in den mittleren Dienst eintreten können, nicht aber in den gehobenen Dienst, hat der Sache Schaden zugefügt. Das ist sehr zu bedauern. Ich verstehe auch nicht die Haltung im Kabinett, dies in einer Protokollnotiz der Innenministerkonferenz festlegen zu lassen. So erfährt man erst hinterher, was eigentlich geplant ist.

Bachelor- und Masterabschlüsse sind eine gute Sache, die auch von Ihnen, von den Wissenschaftlern als gut dargestellt wurde, die aber auf dem Weg über das Beamtenrecht im öffentlichen Dienst ruiniert worden sind.

Wir bedauern wie Sie, dass jetzt in der Titelgruppe für Lehre und Forschung 4 Millionen weniger stehen. Sie haben gesagt, das werde durch mehrere Posten ausgeglichen; einer davon ist die virtuelle Hochschule, die jetzt Stellen zugeschrieben bekommt.

Hier darf ich einmal kurz daran erinnern, wie das vor zwei Jahren war, als die virtuelle Hochschule auch aufgrund von Anträgen Gegenstand der Diskussion im Plenum wurde. Wir haben das Projekt skeptisch gesehen. Es wurden 15 Millionen DM aus den Privatisierungserlösen in das Projekt virtuelle Hochschule gesteckt, ohne dass ein Konzept vorgelegt worden war, zumindest konnte im Ausschuss keines vorgelegt werden.

Die Leute, die das kritisch hinterfragten, wurden hergeprügelt und abgewatscht, sie seien gegen die Modernisierung der Hochschullandschaft und seien gegen die Einführung der virtuellen Hochschule. Dies stimmte damals nicht, und es stimmt auch heute nicht. Wir haben nur davor gewarnt, Geld im Grunde genommen herauszuschmeißen, um hinterher mit der Erkenntnis dazustehen, ohne Personal geht es doch nicht. Jetzt sind wir so weit: Genau, ohne Personal geht es doch nicht. Jetzt sind dort mindestens acht Stellen – soweit ich das in Erinnerung habe – eingestellt worden.

In Ihrer letzten Haushaltsrede vor zwei Jahren haben Sie auch den Forschungsreaktor München II erwähnt; auf den gehe ich jetzt nicht mehr ein, weil das schon ausdiskutiert worden ist. Sie haben damals gesagt: Bayern ist stolz darauf, bei der Protonentherapie vorn zu sein.

Damit legen Sie sich ein Ei. Die Entwicklung, die die Protonentherapie in Bayern nimmt, ist langsam nicht mehr zu durchschauen. Gestern ist an dem Standort für die Protonentherapie im Münchner Süden Grundsteinlegung gewesen. Ich weiß nicht, warum dorthin niemand von der Staatsregierung gekommen ist, obwohl sie dazu eingeladen worden war. Bis zu einem gewissen Zeitpunkt gab es ja mit dem Privatmann, der das jetzt finanziert, ein ganz einvernehmliches Gedeihen.

Es gibt einen Privatmann, einen Arzt in München, der zusammen mit einer AG eine Protonentherapieanlage finanziert und damit dem Staat einen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag an Investitionskosten erspart. Er bietet die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Universitätsklinikern an, sagt aber, forschungsmäßig ist nicht mehr viel drin, weil das eigentlich ein aufgeforschtes Gebiet sei. Aber von den Therapiemöglichkeiten, von den Heilungs-

chancen her bei bestimmten Krebsarten scheint es herausragend gut zu sein. Diese Behandlungsmethode wird bisher nur in den USA angeboten. In Europa ist das jetzt in München die erste Stätte, die gebaut wird.

Es hätte die Chance bestanden, dort etwas gemeinsam ohne Belastung des Staatshaushalts zu machen. Ich weiß nicht, warum Sie es nicht tun. Ich weiß es nicht. Ich habe versucht zu vermitteln, es kommt aber nichts mehr voran.

Also, einen kleinen Grund weiß ich doch, aber es sieht für mich so aus, als wollte es ausschließlich Herr Dr. Zimmermann – in dem Fall ist mein Kontrahent Herr Dr. Zimmermann – nicht, dass Herr Dr. Rinecker diese Therapieanlage in München baut. Er baut sie sowieso, unabhängig davon. Aber es wäre jetzt an Ihnen, zu vermitteln, dass die Uniklinik in Erlangen oder die Uniklinik in Regensburg dort mit in die Forschung einsteigen kann. Das Angebot gibt es ja.

Zum Haushalt. Dieser Haushalt ist in den zur Verfügung stehenden drei Wochen von mir nicht ganz gelesen worden. Immerhin waren 1800 Seiten zu lesen, und das vorwiegend nachts. Aber es ist klar, warum er jetzt so schnell verabschiedet wird – der Einzelplan war in den Haushaltsberatungen sonst immer der Letzte; jetzt ist er am zweiten Tag der Haushaltsberatungen an der Reihe –: In dem Bereich, in dem Kürzungen möglich sind, wird gekürzt, dass sich die Balken bieten.

Das Landesamt für Denkmalschutz wird sich wundern, was zwar alles versprochen wurde, was jetzt aber gar nicht mehr im Haushalt steht. Wir waren uns im Ausschuss einig – auch in den vorhergehenden Jahren immer mit den Haushältern zusammen –, dass Bodendenkmalpflege eine ganz wichtige kulturelle Angelegenheit ist, eine Aufgabe, zu deren Erfüllung man Stellen braucht. Zack, weg sind sie! Es gibt jetzt kleine Zeitungsartikel mit dem Inhalt: Die Schätze in Bayern können nicht mehr gehoben werden, weil die Leute dafür nicht mehr da sind oder dafür kein Geld mehr ausgegeben werden kann.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren – das haben zuerst wir als SPD-Arbeitskreis getan – ausführlich mit der Situation der wissenschaftlichen Bibliotheken in Bayern befasst. Wir haben dazu Anträge gestellt. Ich glaube, das war vor etwa drei Jahren. Diese Anträge sind erst bei uns im Ausschuss beraten worden; sie sind dann zurückgestellt worden, weil die CSU Beratungsbedarf hatte. Des Weiteren hat der Ausschuss die Bibliotheksleute in den Ausschuss geladen, wir haben die Anträge wieder auf der Tagesordnung gehabt, wo sie erneut zurückgestellt wurden, weil noch Beratungsbedarf bestand.

Der Ausschuss hat die Staatsbibliothek besucht, hat dort Vorträge bekommen. Die Zahlen sind immer gleich: Beim ersten Mal waren es etwa 50 Millionen Unterdeckung – noch als DM-Betrag – bei den Bibliotheken. Das war beim Besuch des Ausschusses in der Universitätsbibliothek noch genauso viel. Die Unterdeckung wird täglich eher größer.

Dann wurde wieder im Ausschuss beraten, die Entscheidung wieder zurückgestellt. Die Leute von der Staatsbibliothek kamen noch einmal in den Ausschuss, ergänzt um Leute aus dem Ministerium. Dann wurden wiederum die Haushaltszahlen festgelegt.

Die Bibliotheken in Bayern sind unterfinanziert, wenn auch noch nicht dramatisch. Es ging hier immer noch ganz gut, weil Sie zum Beispiel im Jahr 2001 plötzlich im September noch Sondermittel in Höhe von 11,7 Millionen DM hatten, die ohne Beratung im Landtag – die kommen dann plötzlich von irgendwo her – über die Bibliotheken verteilt wurden. Auch aus Gründen der Planungssicherheit hätten wir das gern im regulären Haushalt gehabt. Wir haben Anträge gestellt, für Bayern einen Konsortialfonds einzurichten.

Ende der Diskussion im Ausschuss war: Die CSU hat auch drei Anträge gestellt; alle Anträge sind bei uns im Ausschuss einstimmig angenommen worden, alle Anträge sind im Haushaltsausschuss einstimmig angenommen worden, alle Anträge sind im Plenum einstimmig beschlossen worden. Es ist ein Jahr her, dass diese Anträge einstimmig beschlossen worden sind, aber was passiert jetzt im Haushalt? – Nichts, nichts, nichts!

Dann sagt Herr Kupka in der Haushaltsberatung im Ausschuss, die Bibliotheken hätten im letzten Jahr im Nachtragshaushalt 3 Millionen € zusätzlich gekriegt. – Stimmt. Abgegeben haben sie aber 4,2 Millionen, nämlich aufgrund der Kürzungen wegen der BSE-Fälle und zur Realisierung des Sicherheitspaktes. Das waren im Nachtragshaushalt 4,2 Millionen. 3 Millionen Euro wurden gegeben, 4,2 Millionen wurden weggenommen. Irgendwo ist dann im Laufe des Jahres noch 1 Million verschwunden – Euro wohlgermerkt!

Also, die finanzielle Situation der Bibliotheken ist jetzt schlechter als vor Jahren,

(Beifall bei der SPD)

schlechter, obwohl dieses Hohe Haus einstimmig beschlossen hat, es muss in die Zukunft investiert werden. Unsere Anträge hießen: „Zukunftsinvestitionen in die wissenschaftlichen Bibliotheken Bayerns“. Es muss etwas geschehen. Der Säurefraß frisst Ihnen die Bücher unter dem Hintern weg. Die Bücher müssen elektronisch katalogisiert werden.

Dass man so blind sein kann, dass man ein wissenschaftliches Vermögen verrotten lässt, finde ich unglaublich. Seitdem habe ich auch kein Vertrauen mehr in diesen Satz, den ich in der Schule gelernt habe, dass das Haushaltsrecht das höchste Recht des Parlamentes sei, das die Abgeordneten wahrnehmen. Wir haben es nicht, meine Damen und Herren! Wir haben es nicht. Das macht die Staatsregierung allein, und sie macht es falsch.

(Beifall bei der SPD)

In seinem Protestschreiben geht der Generaldirektor der Staatsbibliothek noch von einer 2%-igen Haushalts-

sperre aus. Der wusste bis Dienstag nicht, dass die Haushaltssperre in seinem Bereich 17% beträgt.

Diese Anmerkungen kann ich jetzt in einem Rundumschlag mit den Orchestern machen. In vielen Reden und bei vielen Gelegenheiten, wenn die bayerischen Orchester zu irgendwelchen feierlichen Anlässen aufspielen – auch hier im Landtag –, wird deren Leistung gelobt. 19,5% Haushaltssperre haben sie jetzt in ihrem Bereich, und von den zugesagten Erhöhungen und Angleichungen der Personalkosten an die Lebenswirklichkeit ist nichts zu sehen. Im Grunde müssten die bald das Geld selber mitbringen, damit sie überhaupt noch spielen können. Wie man sich so auf Kosten anderer in kulturellen Ereignissen sonnen kann, ist mir unbegreiflich.

Angesichts der Dürre des Haushalts und der Behandlung dieses Haushalts durch das Parlament mit einem solchen Zeitdruck, dass man nicht mehr alles genau nachlesen kann, dass keine Gelegenheit gegeben war, mit den Betroffenen zu telefonieren – tagsüber habe ich Sitzungen, nachts ist logischerweise niemand zu erreichen –, kann ich gut auf einen Teil meiner Redezeit verzichten.

Ich möchte aber meine Rede nicht beenden, ohne den von dem Einzelplan 15 betroffenen Menschen, die an den Hochschulen arbeiten, die die Kultur und das kulturelle Ereignis in Bayern ermöglichen, ausdrücklich für ihr Engagement, für ihre Leistungen, die sie erbringen – nicht immer mit der richtigen finanziellen Anerkennung –, zu danken. Von hier aus ein herzlicher Dank an alle, die hierzu beigetragen haben!

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kupka.

Kupka (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vom Haushaltsausschuss einschließlich der Nachschubliste beratene und dem Hohen Haus heute zur Beschlussfassung vorgelegte Entwurf des Einzelplans 15 macht erneut deutlich, welch herausragenden Stellenwert die Staatsregierung auch weiterhin der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kultur für die Zukunft Bayerns beimisst. Herr Staatsminister Zehetmair hat das bereits in seiner Rede erwähnt. Von den circa 4,1 Milliarden € des Einzelplans werden allein 2,85 Milliarden € für den Hochschulbereich, über 370 bzw. 380 Millionen € für Kunst und Kultur zur Verfügung gestellt. Die staatlichen und die nichtstaatlichen Theater, die Musik- und die Denkmalpflege, alle diese Bereiche sind natürlich in diesem Haushalt im Rahmen der Möglichkeiten berücksichtigt.

Im letzten Doppelhaushalt hatten wir einen enormen Zuwachs von 7% zu verzeichnen. Auf diesem hohen Niveau aufbauend sind auch die Steigerungsraten von 0,2 bzw. 1,6% für die Jahre 2003 und 2004 insbesondere in einer Zeit respektabel, in der sich nach nahezu einhelligem Urteil aller Wirtschaftsinstitute, Fachleute und Wirt-

schaftsverbände die Finanzen der Bundesländer und der Kommunen aufgrund einer völlig verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung dramatisch nach unten entwickelt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hahnzog (SPD))

Frau Dr. Baumann beklagt, dass wir in den Bereichen Musik, Orchester usw. – da haben wir immerhin Zuschussraten von über 5% – nur 5% hätten. Auch die Haushaltssperren werden beklagt. Ich bitte, die Steuerschätzung im November abzuwarten. Dann werden wir über die Möglichkeiten reden, die wir in diesem Haushalt überhaupt noch haben. Vielleicht müssen wir noch weit aus größere Einschränkungen hinnehmen, als bisher im Haushalt vorgesehen sind. Es gibt in allen Bereichen respektable Erhöhungen, wenngleich wir – Frau Dr. Baumann, da gebe ich Ihnen Recht – für Orchester, für die Musikpflege und andere Dinge gern mehr Mittel zur Verfügung gestellt hätten.

Hinter dem Betrag von circa 4,1 Milliarden €, der das bereinigte Ausgabenvolumen für die Jahre 2003 und 2004 umfasst, stehen Leistungsbereitschaft, hohe Motivation, Kreativität und großes fachliches Können von vielen engagierten Frauen und Männern, nicht nur in unseren Hochschulen, Universitätskliniken, Akademien, in den verschiedenen Forschungseinrichtungen und Instituten, sondern auch in den ministeriellen und sonstigen Verwaltungen. Ihnen, sehr geehrter Herr Staatsminister, Ihrem Haus und allen zum Bereich von Wissenschaft, Forschung und Kunst zählenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sage ich deshalb von dieser Stelle aus Dank für die bisher geleistete Arbeit, die wir mit dem heute eingebrachten Haushalt auch weiterhin unterstützen möchten.

(Beifall bei der CSU)

In gebotener Kürze nur wenige Schlaglichter aus haushalterischer Sicht zum Einzelplan. „Verkümmert der forschende Geist, dann stirbt auch die Gesellschaft“, mit diesem Zitat von Cato haben Sie, sehr verehrter Herr Staatsminister, den letzten Doppelhaushalt eingebracht. Wenn dieser Satz Catos richtig ist, braucht in Bayern sicher niemand Angst zu haben, dass diese Gesellschaft stirbt; denn nach wie vor werden 40% des Wissenschaftsetats für die Forschung ausgegeben, insgesamt also 1,38 Milliarden €. Folgende zwei Zahlen sind bemerkenswert: 120 Millionen € stammen aus Drittmitteln, fast 300 Millionen € entfallen auf die so genannten außeruniversitären Forschungsbereiche. Gerade wegen dieser Mittel sind wir in der Lage, an den Universitäten 50 Sonderforschungsbereiche zu betreuen. Das sind mehr Bereiche als in anderen Bundesländern. Darüber hinaus kann in mehr als 30 Forschungsverbänden die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft praktiziert werden.

Gerade die Drittmittel sind von großer Wichtigkeit. Wir haben die Drittmittel in den letzten Jahren um 50% erhöhen können. Zusammen mit den Fördergeldern der EU, die hierfür eingeholt wurden, bedeutet das gerade für einen Etat, in dem neben dem Innenressort und dem Schulressort die größten Personalkosten anfallen, auf

dem Sektor der Personalkosten eine enorme Entlastung. Der Anteil der Personalausgaben für stellungsbundenes Personal beträgt nämlich nur noch 41,83%. 5,61% stammen aus Drittmitteln. Das ergibt eine Personalkostenquote im Einzelplan von 47,44%. Ohne diese Drittmittel würde sich im Einzelplan die Personalsituation ganz anders darstellen.

Die angesprochene Flexibilisierung halte ich für einen großen Erfolg. Natürlich müssen wir – da gebe ich meiner Vorrednerin Recht – zum Teil auf einem schmalen Grat wandern und sehen, dass uns durch zu viel Globalisierung die Kontrolle des Parlaments nicht aus den Händen gerät.

(Zurufe der Frau Abgeordneten Lochner-Fischer (SPD) und der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

– Frau Kollegin Lochner-Fischer, das ist Semantik. Ich kann die Kontrolle durch das Parlament ansprechen und die Kontrolle des Parlaments nennen. Ich meine, beides ist grammatikalisch richtig. Der Genitiv ist es. Aber vielleicht kann das der Wissenschaftsminister klären.

(Heiterkeit)

Ich möchte hier auf die einzelnen Formen der Flexibilisierung des Haushalts nicht näher eingehen, das hat der Minister getan. Wir stehen mit der Flexibilisierung an der Spitze aller Bundesländer.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

– Sie haben das vielleicht nicht so gesehen. Aber es ist so, und wir haben dadurch eine hohe Effizienz erreicht.

Die Investitionsquote liegt bei 15%. Damit leisten wir nicht nur für die Universitätskliniken und die Forschung, sondern auch für die allgemeine Wirtschaft einen großen Beitrag. Wir stellen für die bereits laufenden Maßnahmen 311 Millionen € im Jahr 2003 und 316 Millionen € im Jahr 2004 zur Verfügung. Für die in der Liste genannten anstehenden Vorhaben haben wir ein Kostenvolumen von 609 Millionen € für die nächsten Jahre. Wir haben auch von der Haushaltsseite her Schwerpunkte gesetzt. Die Sanierung der Universitätskliniken und den Bau der Hoch- und Fachhochschulen wollen wir vorantreiben.

Ein Sorgenkind ist die Wohnraumsituation der Studierenden. Wir haben allein in München 10000 Studierende und nur 3000 Wohnheimplätze. Es genügt nicht, die Situation der Studierenden zu beklagen. Die Forderung nach dem Bau von Studentenwohnheimen kann sich nicht nur an den Staat, sondern muss sich auch an die Kommunen richten. In München wird der Wohnungsbau nicht nur für die Studierenden, sondern für alle, die hier eine Wohnung suchen, zu einem gravierenden Problem werden. Wenn hier auch von der Landeshauptstadt München nicht mehr getan wird, werden wir diese Schiefelage nie gerade biegen können. Das ist mit den für die Studentenwerke und die anderen Bereiche vorhandenen Mitteln nicht machbar. Insofern muss etwas geschehen. Wir werden in den nächsten Monaten und Jahren unser Augenmerk sicher auf diese Problematik richten.

Angesprochen wurde auch die Situation der Musikschulen sowie der Bodendenkmalpflege und anderer Gebiete. Wir haben im Haushaltsausschuss einen Änderungsantrag eingebracht, der bei den Musikschulen Verbesserungen vorsieht. Natürlich bräuchte man für diesen Bereich noch sehr viel mehr Geld. Bereits im Entwurf hatten wir diesen Etat um 300 000 € erhöht. Wir haben einen weiteren Antrag eingebracht, und diesen Posten nochmals um 400 000 € erhöht, sodass wir eine Erhöhung von insgesamt 700 000 € haben. Uns war über die Fraktionen hinweg klar, dass auch in Zukunft auf diesem Sektor ein Schwergewicht liegen muss, weil hier gerade für unsere Kinder und Jugendlichen zur Prävention viel getan werden kann. Wir wollen also hier in Zukunft im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel Schwerpunkte setzen.

Für die Baudenkmäler wurde der Ansatz gegenüber dem Entwurf enorm erhöht, nämlich um 1,7 Millionen € pro Jahr. Der Zuschuss an die kommunale Musikhochschule in Nürnberg/Augsburg beträgt 150 000 € im Jahr 2003 und 300 000 € im Jahr 2004. Darüber hinaus soll auch das Haus der Bayerischen Geschichte gefördert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, die Beratung im Haushaltsausschuss hat gezeigt, dass wir sehr ernsthaft und ohne Emotionen an diesen Haushalt herangegangen sind, der uns sehr wichtig ist, gerade im Hinblick auf die Zukunft Bayerns und all jener, die in diesem Bereich tätig sind. Wir möchten Ihnen deshalb heute den Etat zur positiven Beschlussfassung in der Form vorschlagen, wie ihn der Haushaltsausschuss beraten hat, nämlich mit zwei Anträgen, die angenommen worden sind – die anderen Anträge wurden abgelehnt. Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Einzelplan mit den Ihnen vorliegenden Änderungen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Münzel. Bitte schön.

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die CSU und die Staatsregierung werden nicht müde, den Wissenschaftsstandort Bayern zu preisen. Er könnte besser sein. Schaut man nämlich einmal genau hin, so stellt man fest: Frauen werden von Forschung und Lehre ausgeschlossen. Die Staatsregierung tut zu wenig, damit sich die ausländischen Studierenden und Forschenden, die zu uns kommen, bei uns auch wohl fühlen. Beim Thema „Öffnung der Hochschule für beruflich Qualifizierte“ ist Bayern Schlusslicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

Die Hochschule der Zukunft ist in unseren Augen dagegen geschlechterdemokratisch, weltoffen und pluralistisch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

Kolleginnen und Kollegen, unbestritten ist: Was die Bildungsbeteiligung anbelangt, haben die Mädchen in den vergangenen Jahren einen enormen Sprung nach vorn gemacht. Sie bleiben weniger oft sitzen, haben die besseren Noten und die höheren Bildungsabschlüsse im Vergleich zu den Jungen. Diese Entwicklung in den Schulen erfüllt mich mit großer Genugtuung. Es gibt aber Wermutstropfen. Einer dieser Wermutstropfen findet sich in den bayerischen Universitäten; denn Bayerns Hochschulen sind Schlusslicht, was den Anteil der Professorinnen betrifft. Es ist schon kennzeichnend, dass Sie, Herr Minister, über dieses Thema kein einziges Wort verloren haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während die Bund-Länder-Kommission, der auch Bayern angehört, das Ziel vereinbarte, bis 2005 eine 40-prozentige Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen des wissenschaftlichen Qualifikationsprozesses und einen Frauenanteil von 40% bei den Juniorprofessuren und Führungspositionen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu erreichen, liegt der Anteil der Professorinnen in Bayern lediglich bei ungefähr 7%. Das Dramatische daran ist, dass dieser Anteil seit langem konstant ist und in etwa dem bundesdeutschen Durchschnitt der 1980er Jahre entspricht. Das Dramatische daran ist auch, dass befürchtet werden muss, dass dieser Anteil sogar sinkt. So weist die Frauenbeauftragte der LMU, Frau Professor Mitzdorf, darauf hin, dass mehr Frauen aus Professorenämtern ausscheiden als neue berufen würden. Ich zitiere sie: In den vergangenen zwei Jahren wurden an der LMU 12% der Professuren neu besetzt. Berufen wurden 81 Männer und 7 Frauen. Das kann doch eigentlich nicht sein; denn an der Qualität der Frauen gibt es nichts zu deuteln. Dazu braucht man sich nur einmal die Zahlen anzusehen. Der Anteil der Abiturientinnen an der Gesamtzahl aller Abiturienten liegt bei 53,7%, das heißt, mehr Frauen als Männer machen das Abitur. Der Frauenanteil an den Studierenden liegt bei 47,3%, der Anteil von Frauen an den Promotionen beträgt 34,6%, der Anteil von Frauen an den Habilitationen liegt bei 14,9% und der Anteil an den Professuren bei 7,6%. Da läuft doch einiges an unseren Hochschulen schief.

Klar ist auch: Von allein wird bei dem Männerboom an den Hochschulen nichts bewegen. Wir brauchen Steuerungsmechanismen vonseiten der Politik. Ein gutes Steuerungsmittel ist immer das Geld. Ein weiteres gutes Steuerungsmittel ist eine Quote. Letzteres, die Quote, ist nicht allein eine Forderung der GRÜNEN, sondern auch eine Forderung der Sprecherin der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen. Eine ihrer Vertreterinnen hat in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ gesagt – ich zitiere sie: Die Quote fordern wir seit mehr als 15 Jahren, weil es inzwischen offensichtlich ist, dass es im Selbstlauf und Hoffen auf die allmähliche Entwicklung einfach nicht funktioniert. Schließlich haben wir längst eine bessere Qualifizierung der Frauen erreicht. So hat sich der Anteil der Habilitationen seit den Achtzigerjahren verdoppelt. Dennoch muss man nüchtern sagen: 90% aller Professoren sind Männer.

Die Staatsregierung sollte sich die Quote der Bund- und Länderkommission, in der sie auch vertreten ist, zu eigen machen. Ich wünsche mir auch von Ihnen, Herr Minister, ein größeres Engagement. So wünsche ich mir, dass Sie sich in Zukunft genauso ins Zeug legen, wenn es um die Besetzung von Professuren mit Frauen geht, wie Sie es tun, um Professor Oberreuther im Geschwister-Scholl-Institut zu installieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich diesen Fall einmal vor Augen halten. Auf der Berufungsliste standen zwei Frauen, nämlich auf Platz 1 und Platz 3. Trotzdem ist es dem Minister nicht gelungen, eine der beiden Frauen zu berufen. Dagegen soll Herr Professor Oberreuther diesen Lehrstuhl erhalten, der gar nicht auf der Liste stand. Dieses Thema war gestern auch Gegenstand einer mündlichen Anfrage. Herr Staatsminister, Sie haben gestern dazu regelrecht die Unschuld vom Lande gespielt und so getan, als ob Sie damit gar nichts zu tun hätten. Dies glaubt Ihnen aber letztendlich kein Mensch, nicht einmal Sie selber.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich ist das, was am Geschwister-Scholl-Institut passiert, ein gutes Beispiel für die Klüngeleien an den Hochschulen.

Kolleginnen und Kollegen, was die Professuren für Frauen anbelangt: Jetzt ist der Zeitpunkt, um zu handeln. In den nächsten zehn Jahren wird in Deutschland etwa die Hälfte der Professoren ausgetauscht. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, diesen Prozess für die Frauen zu nutzen, dann ist der Zug wieder für lange Zeit abgefahren. Die Frauenbeauftragte der LMU hat im Hochschulausschuss deutlich gemacht, was dafür eine wichtige Voraussetzung ist: die Einrichtung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten; eigentlich eine ganz einfache, banale Geschichte. Ich denke, es müsste doch möglich sein, dass wir das an den Universitäten hinbekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatsminister, auch der Weg über die Juniorprofessur ist eine hervorragende Möglichkeit für Frauen, den Karriereweg hin zur Professorin einzuschlagen. Leider blockieren Sie diese Möglichkeit durch Ihre Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Ich kann Ihre Kritik, die Sie heute in Ihrer Rede vorgetragen haben, nicht teilen. Sie sagen – ich zitiere Sie aus Ihrer Rede von vorhin –: Hat Frau Bulmahn eigentlich einmal überlegt, was passiert, wenn ein frisch promovierter Juniorprofessor, dem in kurzer Zeit in Forschung und Lehre sehr viel abverlangt wird, nach sechs Jahren keine Lebenszeitprofessur erhält? Er wird als Jobloser von der Jobagentur des Herrn Gerster betreut werden müssen. Aber Herr Staatsminister, ist es denn nicht auch so, dass nicht jeder und nicht jede Habilitierte zu einer Vollprofessur, vor allen Dingen nicht sofort in eine Vollprofessur kommt? Die Habilitierten sind zehn Jahre älter als diejenigen, die eine Juniorprofessur abgeschlossen haben. Sie wissen auch: Je älter man ist, desto schlechter sind die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die andere Kritik zur Juniorprofessur, die Sie vorgetragen haben, war, dass die Lehrverpflichtung zu hoch ist. Frau Kollegin Dr. Baumann hat dies schon deutlich gemacht, und Sie haben auch gestern wieder in der „Süddeutschen Zeitung“ verbreiten lassen, dass die Lehrverpflichtung zu hoch ist. Sie wissen aber auch ganz genau, dass dies Ländersache ist. Niemand in diesem Parlament wird Sie daran hindern, die Lehrverpflichtung auf vier Stunden festzulegen. Wir würden Ihnen ein Lob dafür aussprechen. Dass Sie immer wieder mit Hartnäckigkeit Falsches verbreiten, zeugt schon von einer gewissen Lernresistenz und Dickköpfigkeit.

(Zurufe der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD))

– Es ist jetzt wie in der Schule; ich bekomme ganz viele Adjektive zugeworfen. Herr Staatsminister, ich möchte Ihnen sagen, dass es Ihrer eigentlich nicht würdig ist, immer wieder Falsches zu verbreiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatsminister, um Geschlechtergerechtigkeit an den Hochschulen zu verwirklichen, ist es nötig, den Ansatz des Gender-Mainstreaming zu verankern, auch wenn Sie den Begriff furchtbar finden. Es handelt sich um einen Fachbegriff, der von der EU vorgegeben wurde. Ich habe einmal nachgesehen: Sie regen sich doch über die Anglizismen in Ihrem Bereich auch nicht so auf. Ich gebe Ihnen eine Kostprobe aus der TU München: Dort gibt es Communications-Engineering, Engineering-Physics, Business-Integration, Microwave-Engineering, Social Science of Technology, Sustainable-Resource-Management, Mathematics and Bioscience, Computational Science and Engineering. Die CSU-Fraktion forderte in einem Antrag die Einrichtung eines Studiengangs „Consumer Science“. Herr Staatsminister, ich bitte Sie herzlich: Hören Sie auf, an dem Begriff „Gender-Mainstreaming“ herumzumäkeln. Die unterschiedlichen Lebenslagen von Männern und Frauen müssen auch an der Hochschule zur Kenntnis genommen und zur Grundlage einer Politik der Chancengleichheit gemacht werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei jeder Entscheidung oder Maßnahme muss gefragt werden, wie sie sich auf die Lebenssituation von Männern und Frauen auswirkt. Ziel muss sein, Strategien für die Beseitigung der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen zu entwickeln. Bei Gender-Mainstreaming wird schnell deutlich, wer von welchen Maßnahmen direkt oder indirekt besonders betroffen ist und wer von dem Geld, das die Bürgerinnen und Bürger den Hochschulen zur Verfügung stellen, am meisten profitiert. – In den allermeisten Fällen werden Männer die Profiteure sein. Auch ohne Gender-Mainstreaming wissen wir, dass wir Frauen in den Naturwissenschaften stärker fördern müssen. Herr Staatsminister, dabei geht es nicht nur darum, den Anteil der Studentinnen in technischen und naturwissenschaftlichen Fächern zu erhöhen, um das Berufswahlspektrum für Frauen zu erweitern. Vor allem geht es darum, Einfluss auf die Forschung zu nehmen: Die technologische Entwicklung darf nicht allein

den Männern überlassen werden. Auch die Interessen und Erfahrungen der Frauen müssen berücksichtigt werden, was nur gelingt, wenn Frauen technische Fächer studieren und in ihnen forschen. Diesbezüglich besteht noch erheblicher Handlungsbedarf.

Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres Anliegen grüner Hochschulpolitik ist die Internationalisierung der Hochschulen. Wie ich anfangs gesagt habe, muss sehr viel mehr getan werden, damit sich die ausländischen Studierenden und Forschenden bei uns wohlfühlen. Offensichtlich hat auch die CSU-Fraktion das Gefühl, dass da noch Besserungsbedarf besteht, sonst hätte sie nicht einen Prüfantrag für die bessere Betreuung ausländischer Studierender und Gastwissenschaftler durch die Erledigung der ausländerrechtlichen und melderechtlichen Formalitäten und durch die Einrichtung einer Außenstelle der Ausländerbehörde oder von Sprechtagen direkt an der Hochschule gestellt. Die GRÜNEN vertreten die Auffassung, dass wir genug Anträge beschlossene haben. Auch Ideen haben wir genug. Jetzt muss nichts mehr geprüft werden.

Herr Dr. Wilhelm, Sie haben in der letzten Ausschusssitzung die Haltung der GRÜNEN schön zusammengefasst, als Sie sagten: „Die CSU will prüfen, die GRÜNEN wollen handeln.“ – Genau so ist es. Jetzt ist die Zeit für Taten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der sonst so misstrauischen Haltung der CSU gegenüber Ausländerinnen und Ausländern muss man schon fast froh sein, dass die CSU einen solchen Prüfantrag einbringt. Ob sich ausländische Studierende und Forschende bei uns wohlfühlen, hängt auch mit dem allgemeinen politischen Klima zusammen, das bei uns herrscht. Ihre Klage gegen das Zuwanderungsgesetz sowie Ihre Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sind hierfür äußerst kontraproduktiv.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Klima muss stimmen. Wie man ein ausländerfreundliches Klima herstellt, können Sie am besten von uns lernen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unserer Ansicht nach leistet die Juniorprofessur einen wichtigen Beitrag zur Internationalisierung: Assistentenstellen zwecks Habilitation sind für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht attraktiv. Ich bedauere es außerordentlich, dass Sie unseren Antrag, die Mittel für das Sonderprogramm zur Förderung von Hochschulabsolventen aus osteuropäischen Staaten zu erhöhen, abgelehnt haben. Gerade im Hinblick auf die bevorstehende Osterweiterung der EU liegt eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Osteuropa im originären bayerischen Interesse. Schließlich sind künftige osteuropäische Führungskräfte, die bei uns ein Stipendium erhalten haben, Türöffner in ihren Heimatländern für bayerische Interessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist uns die Öffnung der Hochschulen für beruflich Hochqualifizierte. Wir möchten, dass beruflich hochqualifizierte Personen mit Abiturientinnen und Abiturienten gleichgestellt werden. Ihnen soll der Hochschulzugang ohne Abitur ermöglicht werden. Ich halte es nicht für erwiesen, dass die Studierfähigkeit nur durch das Abitur oder durch entsprechende ergänzende Maßnahmen und Zusatzprüfungen vermittelt werden kann. Schließlich kann auch an der Studierfähigkeit manches Abiturienten gezweifelt werden, vor allem wenn man sich die hohe Anzahl der Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher betrachtet. Wir sollten die tatsächlichen Qualifikationen bewerten und nicht so sehr darauf achten, ob ein bestimmter Weg eingeschlagen worden ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Universitäten würde eine Öffnung für beruflich qualifizierte Personen gut tun. Sie würden damit Leistungsträger und Leistungsträgerinnen der beruflichen Bildung für sich gewinnen. Außerdem würde eine solche Öffnung der Wirtschaft helfen, da diese die Universität als Weiterbildungsinstitution für ihre Leistungsträgerinnen und Leistungsträger nutzen könnte. Gerade Letzteres scheint mir angesichts des ökonomischen, sozialen und technischen Wandels in der modernen Industrie- und Leistungsgesellschaft besonders wichtig zu sein, da dieser Wandel neue und anspruchsvolle Anforderungen an die Beschäftigten stellt, die nur durch gesteigerte berufliche und allgemeine Bildungsmaßnahmen erfüllt werden können.

Ich möchte ein Feld anführen, bei dem wir in der nächsten Zeit anpacken müssen: Wir sprechen sehr viel über einen Bildungsplan im Kindergarten. Dieser Bildungsplan wird selbstverständlich erhöhte Anforderungen an die Erzieherinnen, aber auch an die Leiterinnen von Kindergärten stellen. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir zumindest den Leiterinnen der Kindergärten ein Studium an einer Hochschule anbieten müssen, damit sie sich für diese neuen Aufgaben qualifizieren können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir beruflich Hochqualifizierten den Weg an die Hochschulen eröffnen, werden wir von der Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit der allgemeinen Bildung nicht nur sprechen, dann werden wir sie auch erreichen. Davon bin ich fest überzeugt. Die CSU tut sich noch sehr schwer damit. Wir werden noch viele dicke Bretter bohren müssen, bevor wir dieses Ziel erreichen. Herr Kollege Traublinger, wir setzen darauf, dass Sie uns beim Bohren dieser dicken Bretter helfen werden.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Das glaube ich nicht!)

Zum Schluss möchte ich noch einen Blick auf die Forschungspolitik richten: Die Staatsregierung ist technologiefreudlich.

(Willi Müller (CSU): Die GRÜNEN sind technologiefeindlich!)

– Das können Sie nicht so sagen. Denken Sie nur an die alternativen Technologien.

Ich möchte jetzt noch einen Blick auf die Gesundheitspolitik richten: Die Technologiegläubigkeit der Staatsregierung führt in der Gesundheitspolitik dazu, dass München und Würzburg zu Zentren für die Erforschung der Xenotransplantation geworden sind.

Der Glaube ist groß, dass durch die Übertragung von tierischen Organen auf den Menschen der Mangel an menschlichen Organen ausgeglichen werden könnte. Die Risiken, die darin liegen, werden einfach beiseite geschoben. Kritik an den Tierexperimentatoren – wir hatten in der Vergangenheit viele heftige Auseinandersetzungen – wird von ihrer Seite als Majestätsbeleidigung angesehen. Die Anhörung zur Xenotransplantation, die wir in diesem Jahr noch durchführen werden, mussten wir Ihnen regelrecht durch unser Minderheitenrecht in der Geschäftsordnung aufdrücken.

Überhaupt sind Tierversuche sakrosankt. Kollege Zimmermann sagt zwar immer den richtigen Satz: Jeder Tierversuch ist einer zu viel. Das ist allerdings nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Wäre es anders, hätten Sie unseren Anträgen dazu zugestimmt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

So wollten wir ein Forschungsförderprogramm „Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Vermeidung von Tierversuchen an bayerischen Hochschulen“, damit gezielt Ersatzmethoden zu Tierversuchen erforscht werden, und zwar sowohl in der Lehre als auch in der Grundlagenforschung und in der angewandten Forschung. Sie haben dazu nein gesagt, leider auch die SPD.

Besonders schäbig finde ich es, dass Sie nicht einmal bereit waren, den Mitgliedern der so genannten Ethikkommission, die aus den Reihen der Tierschutzverbände berufen werden und die Tierversuchsvorhaben beurteilen sollen und den Bezirksregierungen beratend zur Seite stehen, eine Aufwandsentschädigung zu zahlen. Die Ethikkommission muss Anträge auf Versuchsvorhaben qualifiziert und adäquat beurteilen. Dazu muss sie eine umfangreiche Recherchearbeit leisten, zum Beispiel im Internet oder bei der Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden recherchieren. Dies ist nicht nur zeitaufwendig, sondern auch kostenintensiv. Diese wirklich umfangreiche und anspruchsvolle Arbeit leisten die Mitglieder dieser Kommission ehrenamtlich. Herr Kollege Kupka, ich würde mich darüber freuen, wenn Sie einmal mit Mitgliedern dieser Ethikkommission sprechen würden, damit Sie einen Einblick in deren Arbeit bekommen. Diese Arbeit ist nicht vergleichbar mit der ehrenamtlichen Arbeit zum Beispiel in einem Tierheim, wo man nur einmal mit einem Hund spazieren geht.

Ich möchte noch kurz auf die Situation bei den Pflegekräften eingehen. Was nützen die beste medizinische Ausstattung, die modernsten Geräte, Operations- und Untersuchungstechniken, wenn niemand da ist, um die

Kranken zu pflegen? Kollegin Kellner hat einen Vorschlag gemacht, wie man Pflegekräften eine Zulage bezahlen kann; das wurde leider abgelehnt.

Kolleginnen und Kollegen, eine Hochschule, in der Frauen und Männer gleichberechtigt studieren, forschen und lehren, welche die Menschen aus der beruflichen Bildung nicht weiter ausschließt, die weltoffen ist, die bei all ihren Forschungen den Menschen nicht aus dem Blick verliert und die Würde der Tiere achtet – das ist unser Ziel, an dessen Erreichung wir weiterarbeiten werden.

(Lebhafter Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Ich sehe, dass die Kollegen Dr. Gauweiler und Göppel anwesend sind, die ihr Mandat schon niedergelegt haben und zum Monatsende ausscheiden. Noch sind sie Mitglieder, aber irgendwie auch schon Gäste. Ich hoffe, dass wir heute noch eine Gelegenheit haben werden, ihnen ein Wort des Abschieds zu sagen. – Wir fahren in der Aussprache fort. Nächster Redner ist Kollege Spaenle.

Dr. Spaenle (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Hohes Haus! Die Konkurrenz zwischen den Regionen, Ländern und Kontinenten wird in Zukunft nicht mehr auf den Schlachtfeldern stattfinden, sondern in den Laboren, Hochschulen und Universitäten entschieden. So formulierte der frühere Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß sinngemäß kurz vor seinem Tod seine Vision von der Zukunft unseres Kontinents. Das menschliche Wissen, das so genannte Humankapital, das kreative Potential, die Selbstreflexion der industriellen Gesellschaft in Kunst und Kultur formen das Gesicht unserer Zivilisation und stellen die entscheidenden Weichen für die Zukunft unseres Landes.

In diesem Sinne verstanden, diskutieren wir heute den Masterplan für das Bayern des 21. Jahrhunderts. Damit, wo heute in Forschung und Wissenschaft investiert wird, entscheiden wir über das humane und ökonomische Zukunftspotential unseres Landes. Mit der Bewahrung unseres reichen historischen und kulturellen Erbes und mit der Förderung von Kunst und Kultur pflegen wir den Auftrag unserer Verfassung, Bayern als Kulturstaat weiterzuentwickeln. Tradition und Fortschritt sind für uns die Schlüsselbegriffe für die erfolgreichste Gestaltung von Kultur- und Wissenschaftspolitik in Deutschland. Bayern hat als erstes Land 1998 mit der Reform seiner Hochschulen begonnen. Gegen massive Widerstände aus Opposition und zum Teil aus Hochschulen wurden Strukturen aufgebrochen, kreative Potentiale erschlossen, Selbstverantwortung gestärkt und das hohe Niveau der finanziellen Ausstattung unserer Universitäten und Hochschulen unter großen Anstrengungen gesichert.

(Zuruf des Abgeordneten Hufe (SPD))

Auch der vorliegende Doppelhaushalt setzt dabei trotz hohen Konsolidierungsdrucks weiterhin bundesweit Maßstäbe. Das bundesweit einmalig hohe Niveau von Investitionen und Baumaßnahmen in Wissenschaft und

Kunst kann gehalten und damit ein wichtiges investives und kulturpolitisches Signal gesetzt werden.

Bei einer Gesamtzahl von über 225 000 Studierenden ist Bayern als Standort akademischer Ausbildung nach wie vor attraktiv. Diese hohe Zahl an Studierenden erfordert aber weiterhin größte Anstrengungen; denn jede Akademikergeneration hat den Anspruch auf die bestmögliche Ausbildung, auch wenn ihre Zahl sehr hoch ist. Dass sich unter den Studierenden viele junge Frauen befinden, ist ein erfreuliches Zeichen.

Vor wenigen Wochen konnte der Facharbeitskreis meiner Fraktion die Vorsitzenden fast aller Hochschulräte hier im Landtag zu einem Meinungsaustausch begrüßen. Das war ein erfreulicher Termin, erbrachte er doch die Erkenntnis, dass eines der umstrittensten Instrumente der Hochschulreform von 1998 für unsere Hochschulen ausschließlich positiv und bereichernd wirkt. Die institutionelle Einbindung von fremdem Sachverstand hat einiges erbracht, von der Initiative zur Einführung neuer Studiengänge bis hin zur Erschließung zusätzlicher Ressourcen für die jeweilige Hochschule. Das war ein rundum gelungener Reformschritt, dessen vorläufiger Höhepunkt die Absicht der LMU ist, über die Experimentierklausel in Zukunft den Hochschulrat an der Wahl des Rektors institutionell zu beteiligen.

Die weiteren Schritte zur Stärkung der finanziellen Autonomie unserer Hochschulen hat Herr Staatsminister bereits erläutert. Die Entwicklung neuer und innovativer Formen der Hochschulfinanzierung ist in Zukunft verstärkt zu verfolgen.

Gestatten Sie mir ein Wort zu einem besonders beliebten Schlagwort der Hochschulpolitik, zum Globalhaushalt. Jeder führt ihn im Munde, und keiner weiß so recht, was das sein soll. Auch die Ausführungen von Kollegin Dr. Baumann dazu waren nicht weiter erhellend.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

Die Hochschulpolitik ist ein zentraler und zukunftsbestimmender Teil der Landespolitik. Wenn die Politik die Entscheidung über zentrale wissenschaftspolitische Anliegen alleine den Hochschulen überließe, würde dies nicht automatisch zu besseren Lösungen für die konkreten hochschulpolitischen Erfordernisse führen. Nur ein kleines Beispiel: Mit großem Einsatz ist es unserer Fraktion gelungen, die Ansätze für Tutoren, also für studentische Betreuungskräfte, in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu steigern. Im Zuge der politisch gewünschten fortschreitenden Autonomie der Hochschulen tauchten diese Mittel mitunter nicht an dem dafür vorgesehenen Ort auf, nämlich beim Ausbau der studentischen Betreuungsangebote. Die Hochschulen setzen diese Mittel für andere, gewiss nicht minder wichtige Zwecke ein.

Wenn Wissenschaftspolitik nicht wie ein Buchhalter agieren will, der das global genehmigte Geld nur noch durchreicht, ohne die aus der ganzheitlichen Sicht und der politischen Verantwortung heraus wachsende Rahmenkompetenz zu erhalten, verdient sie nicht, Hochschulpolitik zu heißen. Die bayerische Wissenschaftspo-

litik hat immer ein Ja zu Eigenverantwortlichkeit und größtmöglicher Autonomie der Hochschulen gesagt und sich dazu mit klarem politischen Handeln bekannt. Genau dieses politische Handeln in einem so zukunftsorientierten Feld wie der Wissenschaftspolitik muss möglich sein und bleiben.

Über weitere Instrumente einer partnerschaftlich gestalteten Zusammenarbeit zwischen Staat und Hochschule nachzudenken, ist Pflichtaufgabe einer reformorientierten Hochschulpolitik auch in Zukunft. Was dazu aus Berlin zu hören ist, lässt mich erschauern. Nicht nur hat sich der älteste ideologische Fetisch der späten Sechzigerjahre in das kümmerliche Machwerk der rot-grünen Koalitionspapiere verirrt, sondern es wurde auch das institutionelle Verbot von Studiengebühren vorgesehen. Ich nehme an, dass diese Vereinbarung auf dem grünen Papier des Sozialneids geschrieben wurde. Mit diesem Verbot hat sich diese Bundesregierung so klar wie noch keine vor ihr als Gegner des Kulturföderalismus zu erkennen gegeben. Unter dem Feigenblatt der sozialen Gerechtigkeit wird das Grundprinzip der Konkurrenz und der Exzellenz in Bildung und Forschung aufgegeben.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leistung ist gefragt, nicht Gebühren!)

Die eigentlich längst verwelkte Fratze der Gleichmacherei starrt uns da wirklich entgegen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Kollege Dürr, Leistung und Exzellenz mit einem Verbot zu belegen, ist wirklich der falsche Weg. Damit kann nicht über ein Ja oder ein Nein zu Studiengebühren entschieden werden.

In Bayern gilt das Wort von Staatsminister Hans Zehetmair für das kostenfreie Erststudium und die Existenz eines modernen Stipendienangebots.

Die Verfassungsklage Bayerns gegen diese und weitere Regelungen der rot-grünen Hochschulreform, wie gegen das faktische Verbot der Habilitation neben der Juniorprofessur als Regelzugang zur wissenschaftlichen Laufbahn, ist deshalb nur folgerichtig.

(Dr. Hahnzog (SPD): Gestern habt ihr in Karlsruhe verloren! Wollt ihr wieder verlieren?)

Wir wollen die Besten, und wir wollen sie auf dem besten Weg. Welcher Weg den jungen Studierenden zum erfolgreichen Wissenschaftler führen soll, das sollen die Hochschulen in eigener Verantwortung entscheiden.

Lassen Sie mich ein Feld ansprechen, das wir nach meiner festen Überzeugung mit besonderer Aufmerksamkeit begleiten müssen: Junge Frauen müssen die Möglichkeit haben, ihren Weg in Wissenschaft und Hochschule erfolgreich gehen zu können. In kaum einem anderen Gesellschaftsbereich wird die Frage nach Kindern und Familie oder wissenschaftlicher Karriere entweder zulasten des einen oder zulasten des Anderen

beantwortet. Das kann und darf sich nachhaltig angelegte Wissenschaftspolitik nicht leisten.

Die Exzellenz junger Frauen muss dauerhaft erschlossen und entwickelt werden. Deshalb hat die Frage der Kinderbetreuung an unseren Hochschulen für mich und meine Fraktion Priorität. Gerade das universitäre Umfeld ermöglicht höchst flexible Betreuungslösungen. Allerdings halten wir die konkrete Festschreibung von Quoten im Bereich der wissenschaftlichen Qualifikationswege nicht für den richtigen Weg. Deshalb haben wir noch in dieser Woche im Fachausschuss darüber debattiert.

Große Anstrengungen sind auch weiterhin nötig, um die Qualität der akademischen Lehre zu sichern und zu verbessern. Dabei ist neben der Frage der Mittel, die auch mit dem vorliegenden Doppelhaushalt nicht zufrieden stellend beantwortet ist, vor allem die Entwicklung und landesweite Anwendung von Betreuungskonzepten ein wichtiges hochschulpolitisches Ziel. Die vor wenigen Monaten beschlossene Einführung von Eignungsfeststellungen ist dafür ein gelungenes Beispiel.

Lassen Sie mich einen kurzen Blick auf die Lage der Forschung in Bayern werfen: Was wir immer schon wussten, hat erst in der vergangenen Woche eine Interpellation meiner Fraktion eindrucksvoll bestätigt. Die bayerische Forschungslandschaft ist bundesweit die beste. Bayern kann sich auch international mit den Spitzenregionen Europas und der Welt messen. Mit einer Investitionsquote von 2,8% des Bruttoinlandsprodukts liegt Bayern bundesweit an der Spitze und deutlich in der Führungsgruppe in Europa. Die Forschungsleistungen unserer Hochschulen lassen sich mit den Indikatoren Drittmittelerwerb, Sonderforschungsbereiche, dem bayerischen Instrument von aktuell 35 Forschungsverbänden, 45 Graduiertenkollegs und dem Aufbau von Kompetenzzentren und Forschungsnetzwerken im ganzen Land eindrucksvoll belegen. Auch die landesweite regionale Verteilung von Forschungsunternehmungen, insbesondere in Nord- und Ostbayern, lässt sich mit einer Fülle von Exzellenzinitiativen verdeutlichen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des landesplanerischen Entwicklungsauftrags. Die Forschungsstiftung als wichtiges zusätzliches Instrument der Hochschulpolitik wurde bereits angesprochen.

Besondere Qualität weist auch die außeruniversitäre Forschung in Bayern auf. Nicht nur die hohe Konzentration von Max-Planck-, Fraunhofer- und Helmholtz-Instituten im Freistaat Bayern macht das deutlich. Mit der Max-Planck-Forschergruppe Optik, Information und Photonik an der Friedrich-Alexander-Universität in Nürnberg ist die erste Max-Planck-Einrichtung in Nordbayern auf den Weg gebracht worden.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

Auch die Themenbreite lässt Bayern als Forschungsstandort Nummer eins gelten. Neben einem natürlichen Schwerpunkt auf Technik und Naturwissenschaften stehen Spitzenleistungen in Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften. Mit der erfolgreichen Inbetriebnahme des Historikums an der LMU München oder dem Beschluss

der Staatsregierung, ein Zentrum für Osteuropafor- schung an der Universität Regensburg zu schaffen, setzt Bayern auch hierfür Maßstäbe.

Die gleichrangige Bedeutung der unterschiedlichen Wis- senschaftssparten mit ihren Wirkungsprofilen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sind ein Grundpfeiler bayeri- scher Wissenschaftspolitik.

Frau Kollegin Dr. Baumann, die Aussage im Zusammen- hang mit dem Protonenbeschleuniger ärgert mich. Es war gerade Kollege Dr. Zimmermann, der auf eine Zusammenarbeit zwischen Universität und einem möglichen privaten Investor gedrängt hat. Die Kassen als Leistungsträger legen Wert auf ein solches Zusammen- wirken zwischen dem Angebotsträger und der wissen- schaftlichen und fachlichen Begleitung.

Ein Meilenstein, gleichzeitig aber auch das größte Ärger- nis in der bayerischen Forschungs- und Wissenschafts- politik überhaupt, bleibt auch nach den Bundestagswah- len ganz oben auf der Agenda: Das ist der neue Garching- er Forschungsreaktor, der auf seine Inbetriebnahme wartet. Wieder ist es die ideologieverzagte Rückwärts- gewandtheit der Berliner Chaos-Truppe, die die Inbe- triebnahme der größten Forschungsinvestition in der Bundesrepublik Deutschland verhindert.

Jürgen Trittin versteht anscheinend mehr vom Molo- bauen als von moderner Forschungspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Wenn in absehbarer Zeit die beiden anderen For- schungsreaktoren in Jülich und Berlin stillgelegt werden, dann hat Rot-Grün im Zukunftsbereich Forschung das erreicht, was Sie anscheinend zur Philosophie ihrer zweiten Regierungsperiode machen wollen, nämlich Rückschritt statt Fortschritt. Dieses ideologisch begrün- dete Versagen muss immer wieder öffentlich deutlich gemacht werden. Dabei gilt aber eines: Nicht Bayern oder Edmund Stoiber wischen Sie damit eins aus. Ihre Kameraden in Berlin verspielen die Zukunft unseres gesamten Landes in einem der wichtigsten Zukunftsbe- reiche.

Bayern ist der älteste Staat auf europäischem Boden. Kein anderes Land in der Bundesrepublik kann auf eine solche kulturelle und historische Tradition zurückblicken wie unsere Heimat.

Der Umgang mit der eigenen Geschichte ist der Ausweis für die Zukunftsfähigkeit eines Volkes. Bayern stellt sich dieser Verantwortung für sein Erbe, seine Geschichte und seine Kultur mit großem materiellem und intellektuellem Engagement. Das Umgehen mit der Vergangen- heit, die Bewahrung des kollektiven Gedächtnisses unseres Landes hat grundlegende Bedeutung auch für die humane Kultur unserer Gesellschaft.

Die anstehende Novelle des Denkmalschutzgesetzes, die Rücknahme der Kürzungen in diesem Bereich und die großen Renovierungsprojekte setzen entscheidende Akzente für die seit Jahrzehnten betriebene nachhaltige Kulturpolitik in Bayern.

Staatsminister Hans Zehetmair und sein Haus haben hierbei bundesweit Maßstäbe gesetzt. Auch in der Frage der kulturpolitischen Verantwortung der Länder in unserer bundesstaatlichen Ordnung und der Versuche Berlins, den Kulturföderalismus als konstitutives, tief in unserer dezentralen Geschichte wurzelndes Element auszuhöhlen, haben wir uns gewehrt und werden wir uns weiterhin zu wehren wissen. Dies gehört zum Selbstverständnis und Selbstbewusstsein bayerischer Kulturpolitik.

Bayern ist das Land der Sammlungen und Museen. In keinem anderen Land der Bundesrepublik sind in jüngster Zeit so viele neue Museen errichtet worden; der Herr Staatsminister hat darauf hingewiesen. In der Hauptstadt Berlin wird im Gegenteil über die Schließung von Museen und Theatern diskutiert. Mit der Eröffnung der Pinakothek der Moderne vor wenigen Wochen hat die bayerische Kulturpolitik ein Museumsprojekt von Welt-rang in die Welt gesetzt. Mit dem Entscheid des Architekturwettbewerbs für die Sammlung Brandhorst, mit dem Baubeginn des Erweiterungsbaus für die Akademie der Schönen Künste in München, mit der Erfolgsstory des Neuen Museums in Nürnberg, der Sammlung Schäfer in Schweinfurt – mit der erst vor wenigen Tagen zu Ende gegangenen Spitzweg-Ausstellung konnte ein kultureller Meilenstein für die Industriestadt am Main gesetzt werden –, mit mittlerweile über 1000 Museen und Sammlungen steht Bayern als Kulturstaat an der Spitze, nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und im internationalen Vergleich.

Dass diese enormen Anstrengungen in Kunst und Kultur nicht selbstverständlich sind, zeigt der Vergleich mit anderen Ländern. Genau an dieser Stelle muss aber eine der irrwitzigsten Ideen der neuen Bundesregierung angesprochen werden, die Vorstellungen des Bundesfinanzministers im Bereich des Stiftungsrechts. Wer die in Deutschland ohnehin unzureichenden steuerrechtlichen Grundlagen zur Förderung von Kunst und Kultur nahezu zu zertrümmern sucht, der begeht den größten kulturpolitischen Kahlschlag der vergangenen Jahrzehnte.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist mit der Sozialpolitik?)

Wie verzweifelt die Lage in Berlin sein muss, lässt sich angesichts dieser verrückten steuerrechtlichen Absichten erkennen. Die Wirkung solcher Investitionen für die Attraktivität und das Ansehen unseres Landes spricht für sich. Auch die Leistungen für Museen und Theater bleiben auf höchstem Niveau. Die Förderungen für die nicht-staatlichen Theater können erhöht werden, ebenso die Gelder für die Musikförderung. Langfristig ist die Frage eines Staatstheaters außerhalb Münchens – wohl in Franken – diskutierenswert. Diese Diskussion sollte als Mission betrachtet werden.

Das erste Projekt einer kommunalen Hochschule, nämlich die Musikhochschule Augsburg/Nürnberg, zeigt ebenso erfreuliche Ergebnisse, wie eine Mehrung der Zuschüsse ausweist.

Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur in Bayern haben – das ist unsere feste Überzeugung und

Grundkonstitutive unseres politischen Handelns – für die Bewahrung der Identität und Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes auch weiterhin höchste Priorität. Nirgendwo ist unsere politische Vision der Verbindung von Tradition und Fortschritt so klar und greifbar wie in der Kultur- und Wissenschaftspolitik der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Um das Wort hat noch Herr Dr. Schuhmann gebeten. Bitte, Herr Kollege Dr. Schuhmann.

Dr. Schuhmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser Vorlesung von Herrn Dr. Spaenle habe ich mich doch genötigt gesehen, zum Mikrofon zu gehen. Es wäre interessant zu wissen, wie viel Mühe er sich gegeben hat, um möglichst negative Hauptwörter und Adjektive zu finden, was Berlin und die Bundesregierung anbetrifft.

(Zurufe von der CSU)

Da wird von „Fratze“ gesprochen, da wird von „irrwitzig“ gesprochen, da wird vom „Verspielen der Zukunft“ gesprochen und ähnlichem mehr, wie zum Beispiel von der „Chaostruppe“.

(Zuruf von der CSU: Da hat er Recht!)

Sie scheinen auf dem Laufenden zu sein, was negative Ausdrücke anbelangt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bitte Sie aber, auch dorthin zu schauen, wo Sie Verantwortung tragen. Heute erfahren wir selbstverständlich aus dem Munde von CSU-Politikern und -Politikerinnen nur das, was wir schon wissen, nämlich dass Bayern Spitze sei.

(Sibler (CSU): So ist es!)

– So ist es also, Herr Sibler. Danke schön.

Ich empfehle Ihnen, zu Arbeitstagen beispielsweise des Bayerischen Musikrats oder anderer Gruppierungen zu gehen. Der Bayerische Musikrat hat vor acht Tagen ein mehrtägiges Seminar über die außerschulische Musikerziehung in Bayern abgehalten, die interessanterweise deswegen so dringlich geworden ist, weil die schulische Musikerziehung von dieser Regierung so unglaublich stark abgebaut wurde, dass die außerschulische immer wichtiger wird. Die Vertreter des Bayerischen Musikrats haben mitgeteilt, dass in diesem tollen Lande Bayern eine Musikschule bereits aufgelöst worden ist und zwei weitere in großer Gefahr sind. Eine davon befindet sich im Übrigen – wie ich zu meinem Erstaunen erfuhr – im Stimmkreis des Ministerpräsidenten. Das ist hochinteressant. Hier wird also ganz anders gesprochen.

Von den nichtstaatlichen Orchestern erfahren wir, dass sie nicht wissen, ob sie in diesem Jahr die Gehälter noch auszahlen können; die Weihnachtsgratifikationen mussten ohnehin schon gestrichen werden. Gehen Sie zu den nichtstaatlichen Theatern, die, nachdem sie ihren Spielplan erstellt und das Ensemble bestellt haben, von drohenden Haushaltssperren erfahren, die dann auch noch eintreten. Wenn man weiß, wie klein der Etat eines kommunalen Theaters für die Ausstattung ist im Vergleich zu einem einzigen Bühnenbild etwa der Staatsoper, fragt man sich, wo in diesem Flächenstaat etwas zertrümmert wird, wo nachhaltige Kulturpolitik betrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, gestatten Sie mir, noch auf eines hinzuweisen, obwohl ich weiß, dass Ihre wohlwollende Unterstützung genauso wie die der Kollegen der CSU immer zugesagt wurde: Es gibt ein Georgisches Staatskammerorchester, das vor zehn Jahren nach Deutschland gekommen und nach einer Tournee nicht mehr zurückgekehrt ist. Es befindet sich in Ingolstadt und wird von der Stadt Ingolstadt und einer großen Autofirma gefördert. Das Orchester ist stark in die Musikerziehung in Bayern involviert. Es arbeitet mit der Münchner Hochschule für Musik und Theater zusammen, erarbeitet mit der Universität Regensburg regelmäßig Werke, arbeitet mit der Bayerischen Theaterakademie zusammen und hat in der David-Oistrach-Akademie Ingolstadt praktisch alle seine hochqualifizierten Musiker als Lehrer eingesetzt.

Nun hat dieses Orchester, das in Bayern eine Heimat gefunden hat und sich mittlerweile ausdrücklich „Georgisches Kammerorchester Ingolstadt“ nennt, einen äußerst bescheidenen Antrag in Höhe von 75 000 € gestellt. Ich will niemand gegeneinander ausspielen. Wenn man aber weiß, wie viel Zuschüsse andere Orchester bekommen, sieht man das als äußerst bescheidene Forderung. Bei den Haushaltsberatungen ist es nicht einmal gelungen, den Antrag wenigstens – weil ich einsehe, dass wir momentan sparen müssen – als Merkposten in den Haushalt einzubringen – nicht einmal mit 1000 €. Das Argument, man könne den anderen nichts wegnehmen, die schon bestünden, läuft auf die Argumentation hinaus, dass sich eine Familie mit bereits zwei Kindern kein drittes leisten könne, weil dies anderen etwas wegnehmen könnte. Ich frage den Kollegen Dr. Spaenle, der weiß, dass ich ihn insgesamt als vernünftigen und schätzenswerten Kollegen betrachte, was die Reden hier sollen, wenn man vor Ort mitbekommt, wie stark man an der Härte leidet, die momentan auf die nichtstaatlichen Kulturorganisationen zukommt.

Wir kennen das Spielchen: Die Staatsregierung verkündet große Grausamkeiten, die CSU bringt den einen oder anderen Antrag, um die Grausamkeiten etwas zu erleichtern, und die Vertreter der Verbände verneigen sich artig und sagen: Danke, liebe CSU, dass ihr uns so großartig geholfen habt. Wir haben jetzt zwar weniger als vorher, aber immerhin habt ihr noch Schlimmeres verhindert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor mir sitzen einige, die vom so genannten flachen Land kommen. Herr

Obermeier, Sie zum Beispiel setzen sich in Eichstätt dafür ein, dass in Eichstätt wenigstens einiges mit Privatinitiative weiterlaufen kann. Es sind dann „bloß“ 200 Musikschüler weniger als vorher. Das sind aber auch 200 Talente, die nicht gefördert werden können, weil die Situation in dem Spitzenland Bayern so schlecht ist.

Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, ob in dem Flächenstaat Bayern nicht etwas mehr für die Grundversorgung auf dem Land – außerhalb der Landeshauptstadt München – getan werden kann. München soll weiterhin leuchten, aber etwas mehr vom Glanz Münchens dürfte auf die Flächen Bayerns fallen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Liegen weitere Wortmeldungen vor? – Ja, Herr Kollege Dr. Wilhelm. Die CSU hat noch 15 Minuten Redezeit.

Dr. Wilhelm (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was der Minister ausgeführt hat und was als Summe der Arbeit dieser zwei Jahre im Haushalt vorliegt, rechtfertigt den schönen Satz: Bayern leuchtet durch seine Kunst und seine Wissenschaft. Bayern leuchtet mehr als fast alle anderen, die ihr Licht ebenfalls auf den Scheffel gestellt haben.

(Mehrlich (SPD): Mehr als alle Sterne des Firmaments!)

Meine Damen und Herren, das ist keine bloße Behauptung. Ich sage Ihnen einige Fakten.

(Mehrlich (SPD): Das Universum ist nichts dagegen!)

In Bayern ist die Studienzeit im Durchschnitt am kürzesten. Der Wissenschaftsrat hat in seiner letzten Untersuchung festgestellt: Im Vergleich der alten Länder liegt die durchschnittliche Studiendauer in 14 von 36 Fächern, die vom Wissenschaftsrat untersucht wurden, in Bayern am niedrigsten.

Präsident Böhm: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Dr. Baumann?

(Dr. Wilhelm (CSU): Ja.)

Frau Dr. Baumann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege Dr. Wilhelm, kennen Sie die Studie des Deutschen Stifterverbandes, nach der Bayern beim Hochschulranking das Schlusslicht ist?

Dr. Wilhelm (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Kollegin, ich kenne die Studie. Ich wundere mich, dass gerade Sie das fragen, weil der Deutsche Stifterverband die noch nicht ganz perfekte Globalisierung als Hauptpunkt zugrunde gelegt hat.

(Lachen bei der SPD)

In diesem Punkt, meine liebe Frau Kollegin Dr. Baumann, sind Sie ebenso skeptisch wie wir. Wir vertreten die Meinung – das habe ich Ihren Ausführungen entnommen und ich und die große Mehrheit der Kollegen teilen diese Auffassung –, dass nicht die Hochschule am besten ist, die am leichtesten über das Geld – wenig oder viel – verfügen kann, sondern dass es auf eine Reihe von Kriterien ankommt. Dieses war das Erste. Ich nenne Ihnen in Kürze fünf weitere Argumente und bitte Sie, gut zuzuhören.

Ein zweiter Punkt. Wenn ein Land besonders viele von der Deutschen Forschungsgemeinschaft vergebene Sonderforschungsbereiche hat, ist es besonders gut. Das ist die allgemeine Meinung. Obwohl wir vielleicht nur 10% der Bevölkerung haben, sind 20% der Sonderforschungsbereiche an bayerischen Universitäten. Wir haben im Jahr 2001 drei von elf Leibniz-Preisen nach Bayern holen können. Der Leibniz-Preis ist der höchste erzielbare Preis, der knapp unter dem Nobelpreis liegt.

Bei der Einwerbung von Drittmitteln ist die TU München die Nummer eins, die Technische Hochschule in Aachen die Nummer zwei und die Universität München die Nummer drei. Nur in Bayern gibt es Forschungsverbünde und eine Forschungsstiftung, die in der Zeit ihres Bestehens bislang rund 300 Millionen DM ausgereicht haben.

Ein ganz wichtiger Indikator – der Herr Minister hat es schon gesagt – sind die Stipendiaten und die Gastwissenschaftler aus dem Ausland. Sie gehen am liebsten an zwei bayerische Universitäten, nämlich an die beiden Münchner Hochschulen.

Ich möchte auf ein Thema eingehen, das der Frau Kollegin Münzel ganz wichtig ist, aber nicht nur ihr. Ich meine die Frauen an den Hochschulen. Bei der Zahl der Professorinnen an bayerischen Hochschulen sind wir übereinstimmend der Meinung, dass manches im Argen liegt. Wir teilen aber auch übereinstimmend – so hoffe ich – die Meinung der Frauenbeauftragten an den Hochschulen. Sie erkennen ganz ausdrücklich an, dass der Freistaat Bayern – Staatsregierung und Parlament – eine Fülle von Programmen, Projekten, Optionen und Möglichkeiten für Wissenschaftlerinnen auf die Beine gestellt hat. Ich denke nur an den Habilitationförderpreis für Frauen als eines von vielen Beispielen.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Das Ergebnis eines zähen Kampfes im Landtag!)

Dennoch besteht Handlungsbedarf. Die Maßnahmen von uns genauso wie von den Frauenbeauftragten sind zu loben, das mäßige Ergebnis ist aber zu tadeln. Das ist wahr. Offenkundig liegt dieses Missverhältnis nicht oder nur ganz wenig an der Politik, sondern mehr am Bewusstsein vieler Machos in den Berufungskommissionen an den Universitäten und Fachhochschulen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Radermacher (SPD): Sehr gut! Das ist einmal ein Wort!)

– Das ist wirklich so, ich kenne das gut, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Weinhofer (CSU): Sprechen Sie da aus eigener Erfahrung?)

Es ist eine schwierige Aufgabe, das Bewusstsein zu verbessern. Deshalb müssen wir uns ein System von Anreizen überlegen. Möglicherweise müssen wir uns auch über Änderungen am Hochschulgesetz Gedanken machen, welche diese Anreize garantieren. Über alle Fraktionen hinweg waren wir uns vor 14 Tagen im Ausschuss darin einig, dass wir an diesem Problem intensiv arbeiten müssen.

Präsident Böhm: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Volkmann?

Volkmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Haben Sie die Machos jetzt deswegen erwähnt, weil Sie bedauerlicherweise nicht mehr für den Landtag kandidieren?

(Heiterkeit)

Dr. Wilhelm (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Lieber Herr Kollege, ich freue mich, dass Sie als mein Gegenkandidat mit Bedauern feststellen, dass ich nicht mehr kandidieren werde. Das ist nett von Ihnen. Allerdings habe ich gerade nicht die Personen – Männer oder Frauen – im Parlament kritisiert, sondern die Damen und Herren an den Universitäten und Fachhochschulen. Hierin sind wir möglicherweise einer Meinung.

Zum Haushalt möchte ich generell sagen, dass er in summa gut ist. In vielen Teilen ist es aber ein karger, manchmal in hoch problematischer Weise eingeschränkter Haushalt. Ich meine, es ist beispielsweise problematisch, bei der Denkmalpflege 4 Millionen € zu kürzen. Hier handelt es sich um einen wichtigen Bereich, bei dem zehnmal so viele Investitionen von anderen Stellen kommen, wenn der Staat nur einen Euro ausgibt. Eine Kürzung ist also durchaus problematisch. Ich danke den Kollegen im Haushaltsausschuss jedenfalls dafür, dass sie diese Kürzung wenigstens zur Hälfte wieder rückgängig machen konnten. Das ist schon etwas, das zeigt, dass sie zwar das richtige Bewusstsein haben, dass die Finanzlage aber leider schlecht ist.

Ich bin auch nicht erfreut darüber, dass unsere von allen Kollegen getragenen Beschlüsse zu den Bibliotheken, die auch mit den Kollegen im Haushaltsausschuss abgestimmt waren, nicht umgesetzt werden. Hier handelt es sich in erster Linie nicht um Bücher, sondern um moderne Medien. Wenn wir auf diesem Gebiet zu wenig tun, können wir nicht den Rang in der Mediengesellschaft einnehmen, den wir einzunehmen haben. Dieser Bereich ist sehr karg ausgestattet, und ich hoffe darauf, dass dafür beim nächsten Haushalt mehr getan werden kann.

Ich möchte noch eine Anmerkung zum Haushalt im allgemeinen machen. Bildung ist das Megathema. Für Bildung muss auch nach Meinung der Staatsregierung und natürlich nach Meinung des ganzen Hohen Hauses deutlich mehr getan werden. Was ist etwa bei den Betriebsmitteln oder den Planstellen getan worden? Hier

gratuliere ich der Schule. In einem Jahr sind 1300 neue Stellen ausgewiesen worden, im nächsten Jahr kommen noch einmal 1300 Stellen hinzu, und im dritten Jahr kommen noch einmal 1650 Stellen hinzu. Diese Stellen sind von uns schon genehmigt worden. Mittelfristig müssen wir uns aber überlegen, ob es richtig ist, dass diese Stellen alle in der Schule bleiben, auch wenn die Kinder weniger werden. Die Grundschüler werden schon weniger. Es ist gut, wenn die Stellen dafür verwendet werden, die Qualität der Schule zu verbessern, aber nur dann, wenn wir es uns leisten können und wenn wir so viel Geld haben, dass wir noch zulegen können, obwohl der Schülerberg allmählich zum Studentenberg wird. Wenn wir uns das nicht mehr leisten können, dann muss mittelfristig auch an Umschichtungen gedacht werden. Bei allem Respekt für das, was für die Hochschulen getan worden ist, besteht bei den Betriebsmitteln, insbesondere aber auch beim Personal, Handlungsbedarf für die nächsten Jahre. Hier müssen wir auch etwas unkonventioneller denken.

Ich hoffe, dass die Nachfolger von mir und vieler anderer, die den nächsten Haushalt zu beraten haben, solche Entscheidungen treffen. In summa halte ich den Haushalt für einen sehr guten Haushalt. Man kann mit ihm gut arbeiten. Er unterstreicht den Rang, den Wissenschaft und Kunst bei uns in Bayern haben.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Jetzt hat noch Herr Kollege Hufe ums Wort gebeten.

Hufe (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf das letzte Wort des Herrn Kollegen aufgreifen. Er hat gesagt, in summa haben wir einen den Umständen entsprechend guten Haushalt. Dem kann ich sogar zustimmen. Ich glaube auch, dass das Problem dieses Haushaltes nicht Herr Zehetmair ist. Er hat in seinem Rang als Kabinettsmitglied das getan, was er hat tun können. Das Problem sitzt nicht auf dieser Seite des Hauses, es sitzt eher auf der anderen Seite des Hauses. Dieser Seite haben wir nämlich eine 19%-prozentige Haushaltssperre zu verdanken. 12% Haushaltssperre waren es sowieso, 3% sind durch BSE bedingt, 4% durch die globale Minder Ausgabe, und das schlägt auf alle Haushalte durch.

(Dr. Bernhard (CSU): Eurer schlechten Politik haben wir das zu verdanken!)

Die Kürzungen wirken sich also auch auf den Haushalt für Hochschule, Forschung und Kultur aus. Daneben haben wir Entwicklungen, die uns 25 Millionen € mehr kosten. Ich nenne nur die Pinakothek der Moderne. Nachdem wir die Pinakothek der Moderne und das Museum in Nürnberg mit 300 Millionen DM dem Kulturfonds entgegengesetzt haben, hätten wir an sich auch den Kulturfonds um 50 Millionen DM oder 25 Millionen € aufstocken müssen. Das wäre eine gerechte Behandlung von Stadt und Land gewesen. Die Haushaltssperre in Höhe von 19% macht uns jetzt auf dem Lande zu schaffen. In Nürnberg erhalten die Symphoniker 78 000 € weniger. Das heißt, dass sie kein 13. Monats-

gehalt bekommen. Frau Guttenberger und ich waren zusammengesessen. Wir kennen die Ausstattung in Nürnberg, und wir kennen die Ausstattung der Münchner Theater. Eine Haushaltssperre, die vom Herrn Ministerpräsidenten und vom Herrn Finanzminister verhängt wird, tut uns auf dem Lande viel mehr weh als in München, wo man nicht gewohnt ist zu sparen. Dort wird eben laut Kabinettsbeschluss ein Fußboden für 6 Millionen in die Pinakothek der Moderne eingebaut. Unter dieser Problematik leidet der Haushalt.

Natürlich kann ich sagen, dass der Haushalt unter den gegebenen Umständen keine schlechte Sache ist, aber dann müssen wir über die Umstände reden. Die Umstände sind genau die Probleme, die uns auf dem Lande nachhaltig zu schaffen machen. Wir hatten ein Abrundungskonzept für die Max-Planck-Gesellschaft beschlossen.

Das Abrundungskonzept beinhaltet die 1984 geforderten 20 Lehrstühle für Erlangen, deren Umsetzung in den Jahren 2003 und 2004 wir im Hochschulausschuss einstimmig beschlossen haben. Was ist passiert? – Es gibt einen Lehrstuhl, der schon vorher ausgeschrieben war, und sechs Stellen zur Ausstattung. Zur Erfüllung des Abrundungskonzepts fehlen uns aber drei Lehrstühle, deren Einrichtung seit langem beschlossen ist.

Ich glaube, dass Staatsminister Zehetmair unter den gegebenen Umständen nicht mehr erreichen konnte, bis auf ein paar Kleinigkeiten, die wir sicher gern anders gehabt hätten. Das eigentliche Problem des Haushalts ist die Globalkürzung um 19%, für die der Finanzminister und der Ministerpräsident verantwortlich sind. Wenn es den Aktionismus bezüglich des neuen Ministeriums wegen der BSE-Krise und die eilige Reaktion auf den 11. September nicht gegeben hätte, dann hätten wir jetzt einen Haushalt, der wirklich alle Teile des Landes berücksichtigt und von dem wir aus vollem Herzen sagen könnten, das ist von den getroffenen Strukturmaßnahmen her keine schlechte Sache. Deshalb sage ich: Lassen Sie uns in den nächsten Jahren überlegen, wie wir insbesondere die Universitäten und die Kultur auf dem Lande besser ausstatten können. Herr Kollege Dr. Wilhelm hat einen Weg dorthin gewiesen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Ich denke, dass ich die Aussprache schließen kann. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst das Wort. Bitte, Herr Staatsminister Zehetmair.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! An den Anfang meiner Rede stelle ich wie vorhin schon den Dank an das gesamte Parlament. Ich habe gesagt, ich danke dem Parlament im Allgemeinen und der Regierungsfraktion im Besonderen, weil sie den Haushalt getragen hat. Obwohl Sie von der Opposition sich heute hart getan haben, Kritikpunkte zu finden, haben Sie angekündigt, Einzelplan 15 nicht zuzustimmen. Das ist schade, weil Sie damit die Chance hätten, zu beweisen, dass Sie für

Bayern etwas tun wollen. Diese Chance haben Sie wieder einmal verpaßt.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Hufe, Sie reden hier locker vom Hocker von 300 Millionen €. Kennen Sie den Steinbruch von Berlin nicht? Die Überziehungen um 20 Milliarden € sind eine Katastrophe. Ich wäre da ganz vorsichtig.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

– Da geht es darum, dass ich diesen Haushalt kenne. Das steht fest, da können Sie so laut reden, wie Sie wollen. In der Staatsregierung gibt es weder ein Rechts noch ein Links; wir sind eine Einheit und vertreten alle diesen Haushalt. In diesem Sinne vertrete ich auch meinen Einzelplan 15, zumal er noch mit am besten weggekommen ist.

Diese Gesamtverantwortung zeigt sich auch in dem, was Sie, Herr Hufe, am Schluss Ihrer Rede über die 300 Millionen € gesagt haben. Bitte nicht schon wieder: Es gibt auch noch Schweinfurt und Würzburg. Wenn wir dagegen rechnen, kommen wir noch gut weg. Ich verstehe Herrn Kollegen Dr. Schuhmann, wenn er beklagt, dass bei seinem Anliegen so gar kein Ansatz gemacht wurde. Herr Kollege Dr. Schuhmann, ich habe Ihnen doch aus dem Kulturfonds, der mir zur Verfügung gestellt worden ist, mehr gegeben als diese 1000 €; nur kann ich das nicht laufend tun.

Das Problem ist, dass man nichts drauflegen kann. Folgendes gilt auch für unsere Fraktion: Es geht nicht, dass man dann sagt, das ist nicht vollzogen worden, zum Beispiel bei den Bibliotheken. Ich muss sagen, ich habe das Geld nicht bekommen. Das höchste Recht des Landtags ist das Haushaltsrecht. Da wir das Geld nicht haben – ich stehe dazu –, kann man das nur schrittweise verwirklichen. Gerade bei den Bibliotheken haben wir Schritt für Schritt viel getan.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

– Dann müssen Sie gerecht sein: Ich habe für die Bibliotheken immer wieder und auch in diesem Jahr Sondermittel herausgekratzt, um irgendwie über die Runden zu kommen. Erst vor wenigen Wochen habe ich 2,5 Millionen € für die Studentinnen und Studenten lockergemacht. Auch den Beschluss des Bayerischen Landtags, einen Konsortialfonds zu gründen, um die bestmöglichen Einkaufsvoraussetzungen zu schaffen, haben wir auf den Weg gebracht. Wir werden hier die Voraussetzungen schaffen. Die Federführung für ganz Deutschland hat hier im Übrigen die Bayerische Staatsbibliothek.

Ich will noch einige wenige Punkte herausgreifen. Sie von der Opposition werfen mir vor, ich wäre nicht redlich in der Argumentation und es wäre unter meiner Würde, dass ich die Juniorprofessur kritisiere. Ich mache es kurz: Wir haben nicht geklagt, um zu blockieren. Ich habe die Juniorprofessur immer als eine weitere Möglichkeit der Qualifikation bejaht. Das gilt weiterhin. Ich halte es aber für einen Rückschritt, dass wir ein Monopol gegen ein anderes ersetzen und dass die Habilitation auf

den Index kommt. Das haben die Kollegen Dr. Wilhelm und Dr. Spaenle bereits angesprochen. Das ist kein Rahmengesetz, sondern ein Korsettgesetz, das den Atem einengt, statt ihn auszuweiten. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns im Bayerischen Landtag, also in föderaler Struktur. Hier schlägt die Stunde der Wahrheit. Wenn Sie nur die von Ihnen getragene Bundesregierung nachbeten und es hinnehmen, dass ein ohne Zweifel im Bundesrat zustimmungspflichtiges Gesetz, das keine Mehrheit im Bundesrat bekommen hat, trotzdem in Kraft gesetzt wird, dann bleibt uns keine andere Möglichkeit. Zu mir zu sagen, es liege an mir, die Vorgabe „bis zu acht“ nicht auszuschöpfen, ist unfair. Wo leben wir denn? Glauben Sie, dass es jemals einen geben wird, der auf die Welt kommt, Finanzminister wird und dann sagt, weil es Du bist, brauchst Du nur vier zu nehmen, obwohl die bundesweite Regelung von bis zu acht spricht? Das kann sich niemand leisten.

Das viel größere Problem will ich in einem Satz ansprechen: Ein Habilitationsverfahren gibt für eine junge Wissenschaftlerin eine wesentlich flexiblere Realisierungsmöglichkeit – auch zu Hause – als ein festes Deputat, das man abdienen muss. Das ist das, was mich stört. Den Vorwurf von Frau Kollegin Münzel, ich hätte die Frauenfrage heute ausgelassen, muss ich so hinnehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe so oft das Bekenntnis zur Gleichstellung abgelegt. Ich will Ihnen noch einen Beleg geben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich plärre nie so dazwischen wie Sie. Ich weiß, das zeichnet Sie aus, was natürlich in Anführungszeichen zu sehen ist. Das wird sich nicht ändern.

Mit Genehmigung des Landtagspräsidenten darf ich Folgendes zitieren. Ich habe an alle Präsidenten und Rektoren der staatlichen Hochschulen am 24. Oktober – also gestern – einen Brandbrief wegen des geringen Anteils von Frauen bei Professorenberufungen geschickt, weil die Vorsitzende der Konferenz der Universitätsfrauenbeauftragten mitgeteilt hat, es liege an den Hochschulen, dass die Zahl bei 7% praeterpropter stagniere. Ich zitiere:

Mich erfüllt dieser Befund mit Sorge, da ich ihn auch als Zeichen einer noch nicht ausreichenden Sensibilisierung der Hochschulen für die hochschul- und gesellschaftspolitische Dringlichkeit des Anliegens werte, den Gleichstellungsauftrag im Hochschulbereich zum Erfolg zu verhelfen. Die entscheidenden Weichenstellungen zu einem künftigen angemessenen Anteil der Frauen können nicht von außen, sondern letztlich nur aus den Hochschulen heraus selbst kommen. Ich appelliere deshalb an die Hochschulleitungen, sich dieser Zielsetzung, die in der Öffentlichkeit auch mit als Gradmesser für die Reformfähigkeit und Reformbereitschaft der Hochschulen gewertet wird, persönlich anzunehmen und

der Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses besonderes Augenmerk zu widmen.

Ich darf bekanntgeben: Ich beabsichtige, die Bedeutung, die ich dieser Zielsetzung einräume, durch eine jährlich erfolgende Auszeichnung des überzeugendsten Konzeptes einer Hochschule bei der Umsetzung des Gleichstellungsauftrags zu würdigen.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss sagen, mir reicht es auch allmählich, weil wir uns vonseiten der Politik über die Parteien hinweg seit Jahren so viel Mühe geben. Immer wieder gehe ich auf dieses Thema ein. Das können Sie nicht gegenrechnen mit dem Vorgang im GSI, auf den ich jetzt nicht weiter eingehen will, weil ich gestern dem Kollegen Dr. Dürr gesagt habe, das ist ein schwebendes Verfahren. Dazu kann ich derzeit keine Stellungnahme abgeben.

Die Frage der Protonentherapie will ich deshalb ansprechen, weil gestern die Grundsteinlegung stattgefunden hat. Es gilt nach wie vor, dass das Sozialministerium und das Wissenschaftsministerium die Meinung der Bayerischen Staatsregierung vertreten, dass wir an einem Protonentherapiezentrum in Bayern größtes Interesse haben. Es gilt nach wie vor, dass der Staat sich weder an der Investition noch am laufenden Betrieb beteiligen kann. Es gilt, dass wir bereit wären, Forschungsaufträge zu vergeben, weil ich denke, dass Forschungsbedarf vorhanden ist. Und es gilt das Wort der Kassen, dass sie die Bedingung setzen, dass zumindest eine Universität dabei sein muss. Dies war das Ziel. Das will ich klarstellen, weil Herr Kollege Dr. Zimmermann apostrophiert wurde. Herr Kollege Dr. Spaenle hat das richtiggestellt. Das war das Ziel, das wir mit der TU verfolgt haben.

Wie sich Menschen vertragen oder – wie in diesem Fall – nicht vertragen, kann ich nicht festlegen. Mehr will ich dazu nicht sagen. Seit Monaten stehen die Regensburger und die Universität Erlangen-Nürnberg auf der Matte. Die große Firma Siemens mit Sitz in Erlangen im Bereich der Medizintechnik ist intensiv dran. Kernproblem ist, dass der Behandlungsfall beim Therapiezentrum beim derzeitigen Stand etwa 25000 € kosten wird. Dies werden die Kassen höchstens so lange bezahlen, als sie keine vergleichbaren Behandlungsfälle mit wesentlich günstigerer Kostengestaltung haben. Wir hören von großen Firmen, dass sie dabei sind, im Zusammenhang mit Schwerionen und Protonen einen weiteren Fortschritt zu erzielen. Mit dieser Aufgabe sind Regensburg und Erlangen-Nürnberg beschäftigt, und wir sind daran interessiert, dass sie Tempo machen; ich habe das erst gestern wieder im Hause als Order gegeben. Das heißt nicht, dass wir gegen eine private Initiative sind. Wenn die Kooperation klappt und das Ganze finanziell vertretbar ist, sind wir dafür dankbar.

Was die Masterfrage betrifft: Hier gab es eine Fehlmeldung; das muss ich Ihnen deutlich sagen. Es gibt den Beschluss der Bayerischen Staatsregierung – auch wenn Sie es gerne der Staatsregierung anschieben würden –, dass die Master aus der Fachhochschule wie die aus der Universität grundsätzlich im Höheren Dienst eingestellt werden können. Das war immer die Meinung

der Kultusminister. Auch ich als Sprecher der B-Seite habe diese Meinung immer vertreten. Dies war über alle Länder hinweg mit der Gegnerschaft der Innen- und Finanzminister verbunden. Das ist eben so. Es ist auch nicht der erste Fall, aber wir haben die Sache letztlich zu einem Konsens geführt, mit dem wir alle gut leben können.

Wenn ich abschließend zum Globalhaushalt und der angesprochenen Frage kommen darf: Die sehr sachliche Diskussion war für mich sehr interessant. Ich stehe ständig in der Spannung, noch mehr geben zu müssen. Auch der Deutsche Stifterverband tut so, als wären wir auf diesem Feld noch hinten. Tatsache ist, dass der Globalhaushalt Niedersachsens mit 8 Prozent globaler Haushaltskürzung verbunden war und dass die Umwandlung in eine Stiftung zu einem verheerenden Bericht des Obersten Rechnungshofes in Niedersachsen geführt hat. Ich will noch kein endgültiges Urteil abgeben, aber ich möchte Sie sehr davor warnen, die Schritte nicht behutsam zu gehen. Sie werden sehen, dass manche Kehrtwendung kommt; denn das Kernproblem in jeder deutschen Hochschule wird bleiben, eine gewisse Finanzierung zu brauchen und dann möglichst viel Spielräume zu haben, damit die Hochschulen das verfügbare Geld flexibel einsetzen können. Ich habe Ihnen heute dargelegt, dass wir die höchstmöglichen Flexibilisierungsschritte getan haben. Im April dieses Jahres hat der Herr Ministerpräsident selbst zu einem Spitzengespräch eingeladen und die widerstreitenden Kräfte von Finanzminister und Wissenschaftsminister in die Reihe gebracht. Wir haben uns im Interesse der Hochschulen durchgesetzt. Ich bin mit dem jetzigen Ergebnis sehr zufrieden. Ich sage Ihnen lapidar: Jetzt haben die Hochschulen die Bringpflicht, damit umgehen zu können. Dann sehen wir weiter. Das will ich ganz deutlich sagen.

Ich schließe mit dem herzlichen Dank an Sie sowie mit der Aussage ab: Ich glaube, wir werden eine gute Wissenschafts-, Forschungs- und Kulturpolitik machen können, wenn wir diesen Haushalt als Konstante für die nächsten zwei Jahre auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2003/2004, Einzelplan 15, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 14/10474 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Antrag der Abgeordneten Hartmann, Boutter, Radermacher betreffend „Staatliche Zuschüsse für den laufenden Betrieb der Universitätskliniken, Doppelhaushalt 2003/2004“ auf Drucksache 14/9945 – siehe Nummer 10 der Anlage 1 – abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum diesem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Frak-

tion der CSU und Frau Kollegin Grabmair. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/10474 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktion der CSU und Frau Abgeordnete Grabmair. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist Herr Kollege Hartenstein.

Damit ist dem Haushalt zugestimmt worden. Gemäß § 132 Absatz 5 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste der Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: „Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.“ Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Hartenstein sowie Frau Kollegin Grabmair. Dann ist das so beschlossen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/10474 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/10378 und 14/10432 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis. Die Beratung des Einzelplans 15 ist abgeschlossen.

Ich gebe noch eine Bitte des Stenografischen Dienstes bekannt. Die Niederschriften der heutigen Sitzung sind nicht mehr bis zum Sitzungsende fertig zu stellen, weshalb sie den Rednern im Plenarsaal nicht mehr gestellt werden können. Aus diesem Grunde bitte ich die Redner, von den am Rednerpult aufliegenden gelben Formularen Gebrauch zu machen, falls sie die Niederschriften an eine Adresse außerhalb des Hauses zur Korrektur übermittelt haben wollen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 5

Haushaltsplan 2003/2004;

Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (Drucksache 14/10418)

Im Ältestenrat ging man davon aus, dass hierzu keine Aussprache stattfindet. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2003/2004, Einzelplan 11, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 14/10418 zugrunde. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/10418 genannten Änderung zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abgeordnete Grabmair und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 11 mit der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderung angenommen.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: „Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.“ Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kollege Hartenstein und Frau Kollegin Grabmair. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen. Der Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 7

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung (Drucksache 14/9394)

– Zweite Lesung –

Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Hahnzog und anderer (SPD) (Drucksache 14/9532)

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen daher zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 14/9394, der Änderungsantrag auf Drucksache 14/9532 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfas-

sungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf Drucksache 14/10265 zugrunde.

Zunächst lasse ich über den vom federführenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Hahnzog und anderer auf Drucksache 14/9532 abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Hartenstein. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion der CSU und Frau Kollegin Grabmair. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen zur unveränderten Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Hartenstein und Frau Kollegin Grabmair. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Ich sehe auch keine. Damit so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlussabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Hartenstein und Frau Kollegin Grabmair. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung“.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 8

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften (Drucksache 14/9608)

– Zweite Lesung –

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 14/9608 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie auf Drucksache 14/10443 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie empfiehlt die unveränderte Annahme.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU,

der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Kollegin Grabmair und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlussabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Kollegin Grabmair und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften“.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 9

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen, des Heilberufe-Kammergesetzes und des Bayerischen Architektengesetzes (Drucksache 14/9660)

– Zweite Lesung –

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 14/9660 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie auf Drucksache 14/10445 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass § 5 Absatz 1 eine neue Fassung erhält. Ich verweise insoweit auf Drucksache 14/10445.

Wer dem Gesetzentwurf mit der vom endberatenden Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen vorgeschlagenen Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Hartenstein und Frau Kollegin Grabmair. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 60 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlussabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte

ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Hartenstein und Frau Kollegin Grabmair. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen, des Heilberufe-Kammergesetzes und des Bayerischen Architektengesetzes“.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 10

Antrag der Staatsregierung

Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 (Drucksache 14/9865)

– Zweite Lesung –

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe keine.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf Drucksache 14/9865 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/10436 zugrunde. Gemäß § 61 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Zustimmung.

Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD sowie Herr Kollege Hartenstein und Frau Kollegin Grabmair. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit so beschlossen.

Gemäß § 60 der Geschäftsordnung treten wir unmittelbar in die Schlussabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Staatsvertrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD sowie Frau Kollegin Grabmair und Herr Kollege Hartenstein. Gegenstimmen bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dem Staatsvertrag ist damit zugestimmt worden.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 12

Bestellung eines Mitglieds für den Landesdenkmalrat

Herr Staatsminister Zehetmair hat mit Schreiben vom 2. Oktober 2002 mitgeteilt, dass der vom Landtag am 28.

September 2000 bestellte Vertreter des Bayerischen Städtetags, Herr Erster Bürgermeister Dr. Martin Geiger, kürzlich aus seinem kommunalen Amt ausgeschieden ist. Der Bayerische Städtetag hat als neuen Vertreter im Landesdenkmalrat Herrn Oberbürgermeister Otto Sparrer aus Dinkelsbühl für den Rest der noch bis zum 27. September 2004 laufenden Amtsperiode vorgeschlagen. Herr Staatsminister Zehetmair bittet, gemäß Artikel 14 Absatz 1 Satz 3 des Denkmalschutzgesetzes den entsprechenden Beschluss des Landtags herbeizuführen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Ich sehe keine. Wer mit der Bestellung des Herrn Oberbürgermeisters Otto Sparrer zum Mitglied des Landesdenkmalrats einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Hartenstein und Frau Kollegin Grabmair. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit so beschlossen.

Wir machen eine kurze Pause. Den Rest erledigt Frau Kollegin Riess.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 13

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 63 Absatz 6 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Über die Listennummer 42 soll gesondert abgestimmt werden, da zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kein Votum der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorliegt.

Ich lasse deshalb zunächst über diese Listennummer abstimmen. Es handelt sich hier um den Antrag der Abgeordneten Willi Müller, Loscher-Frühwald, Prof. Dr. Vocke und anderer und Fraktion betreffend „Vermeidung von übermäßigen Wildschäden durch dem Jagdrecht unterliegende Federwildarten“ auf Drucksache 14/9898.

Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD sowie Frau Kollegin Grabmair. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Dann ist das so beschlossen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zur Verfassungstreitigkeit und zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Frak-

tion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist – soweit ich sehe – das gesamte Hohe Haus und Frau Grabmair. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Tagesordnungspunkt 15

Antrag der Abgeordneten Hirschmann, Dr. Hahnzog und anderer (SPD)

Integrationspolitik (1)

Zuwanderinnen und Zuwanderer und Gesundheit in Bayern

Prävention (Drucksache 14/9364)

Tagesordnungspunkt 16

Antrag der Abgeordneten Hirschmann, Dr. Hahnzog und anderer (SPD)

Integrationspolitik (2)

Zuwanderinnen und Zuwanderer und Gesundheit in Bayern

Aus-, Fort- und Weiterbildung der medizinischen Heil- und Hilfsberufe (Drucksache 14/9365)

Tagesordnungspunkt 17

Antrag der Abgeordneten Hirschmann, Dr. Hahnzog und anderer (SPD)

Integrationspolitik (3)

Zuwanderinnen und Zuwanderer und Gesundheit in Bayern

Vernetzung und Kooperation im Gesundheitswesen (Drucksache 14/9366)

Tagesordnungspunkt 18

Antrag der Abgeordneten Hirschmann, Dr. Hahnzog und anderer (SPD)

Integrationspolitik (4)

Zuwanderinnen und Zuwanderer und Gesundheit in Bayern

Gesundheitsberichterstattung (Drucksache 14/9367)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? – Frau Hirschmann, bitte.

Frau Hirschmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Wir haben im Zusammenhang mit der Integration von Migranten und Migrantinnen vor einem ganz bestimmten Hintergrund, nämlich vor dem Hintergrund der gesundheitlichen Befindlichkeiten, vier Anträge gestellt; zum einen, was die Prävention angeht, zum anderen, was die Aus-, Fort- und Weiterbildung der in medizinischen Heil- und Hilfsberufen Tätigen angeht, was die Vernetzung und

Kooperation im Gesundheitswesen und die Gesundheitsberichterstattung betrifft.

Ich denke, dass wir hier alle die Realität – auch wenn es uns schwer fällt; dabei, wie ich glaube, besonders Ihnen – anerkennen, dass wir mittlerweile zu einem Einwanderungsland geworden sind. Dies gilt auch für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Kollegen und Kolleginnen von der CSU, hier leben – auch wenn Sie das nicht gern wahrhaben wollen; aber hier kommen Sie auch nicht an der Realität vorbei – 1,3 Millionen ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen, die zum Teil schon seit Jahrzehnten bei uns leben. Dies entspricht exakt einem Anteil von 9,26% an der Gesamtbevölkerung.

Unstrittig dürfte sein, dass wir im Bereich der nachholenden Integration noch einen erheblichen Bedarf haben.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den bisweilen heftig geführten Diskussionen über das Zuwanderungsgesetz haben Sie, Kollegen und Kolleginnen von der CSU, immer wieder darauf hingewiesen, wir müssten erst einmal die hier lebenden Migranten und Migrantinnen integrieren, bevor wir eine weitere Zuwanderung verkraften könnten. Das, liebe Kollegen und Kolleginnen, ist auch der entscheidende Punkt, dass Sie dies mittlerweile anerkannt haben. Das heißt in der Konsequenz aber auch, dass wir in diesem Bereich noch einiges leisten müssen.

Das hängt in erster Linie mit den politischen Versäumnissen in den letzten Jahrzehnten in Bayern und auch mit Ihnen zusammen, dass die Politik in diesem Bereich nur einseitig war.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben über viele Anträge versucht, unsere Hausaufgaben zu machen, und auch ein breites Antragspaket vorgestellt, das aber leider – wie so oft – von Ihnen abgelehnt wurde.

Anstatt Brücken zu bauen, damit Migranten und Migrantinnen in unserem Land auskommen und auch ankommen können, wurden Ihrerseits die Arbeitskräfte allzu oft gern angenommen, aber die dahinterstehenden Probleme, die oftmals auch auf der gesundheitlichen Ebene festzumachen sind, haben Sie vernachlässigt und vernachlässigen Sie auch weiter. Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus der Berliner Rede des Bundespräsidenten vom Mai 2000: Integration kommt nicht von allein. Genau das ist der Punkt, weshalb wir Sie mit diesen Anträgen aufgefordert haben, die Menschen auch in dieser Situation unbedingt zu unterstützen.

So haben Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bereits verschiedentlich darauf hingewiesen, dass in anderen Kulturkreisen völlig andere Vorstellungen von Krankheit und Gesundheit herrschen und damit zusammenhängend auch andere Krankheitsmuster auftau-

chen. Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang außerdem, dass viele Migranten und Migrantinnen psychisch und sozial verursachte Leidenszustände somatisieren, weil sie die entsprechenden Fachdienste zu spät oder oftmals gar nicht in Anspruch nehmen – entweder weil sie von deren Existenz keine Kenntnis haben, oder weil das Problembewusstsein noch nicht entwickelt ist. Deswegen ist es uns besonders wichtig, Brücken zwischen den hier lebenden Ausländern und Ausländerinnen und unserem Gesundheitssystem zu bauen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade der effektive Aufbau interkultureller Kompetenz ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Verehrte Kollegen und Kolleginnen, Sie werden mir mit Sicherheit zugestehen, dass dabei die Prävention im Bereich der Gesundheitspolitik einer der wichtigen Ansatzpunkte für jetzt, aber auch für die Zukunft sein wird. Wegen des Sachverhalts, dass die Migranten und Migrantinnen im Vergleich zur deutschen Wohnbevölkerung die bereitgehaltenen Präventions- und Gesundheitsvorsorgeangebote noch wesentlich weniger von sich aus annehmen, halten wir es für besonders wichtig, diese Angebote noch besser auf diese Zielgruppe zuzuschneiden. Leider – das muss ich an dieser Stelle sagen – sind auch diese Anträge im Fachausschuss abgelehnt worden.

Verehrte Kollegen und Kolleginnen von der CSU, Sie haben sich in diesem Zusammenhang gegen eine Zwei-Klassen-Medizin ausgesprochen. Darin haben Sie unsere volle Unterstützung. Aber dann sorgen Sie bitte auch dafür, dass die vorhandenen Angebote von den momentan gesundheitlich immer noch schlechter Gestellten angenommen werden; denn wenn wir die ausländischen Bürgerinnen und Bürger nicht dazu bringen, weit stärker als bisher die Angebote der Prävention zu nutzen, werden wir es morgen und übermorgen mit noch mehr chronisch Kranken zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass dies mit Sicherheit nicht billig zu haben sein wird, brauche ich an dieser Stelle nicht gesondert zu erwähnen. Dennoch sage ich Ihnen: Mit diesen Angeboten unterstützen wir nicht allein die hier lebenden Migranten und Migrantinnen, sondern auch alle, die in der Medizin pflegen und betreuen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass wir sehr viele Pflegekräfte haben, dass wir Ärzte und Ärztinnen aus diesem Bereich haben und dass hier sehr viele Patienten und Patientinnen die notwendige Hilfestellung brauchen. Ohne den Ausbau der interkulturellen Kompetenz werden sie weiterhin somatische Krankheiten haben, die auf psychischen und überwiegend auch auf sozialen Ursachen basieren. Deshalb möchten wir diesen Menschen auch ein wichtiges Instrument der Hilfe an die Hand geben, damit sie diesem Auftrag nachkommen können. Besonders herausstellen möchte ich in diesem Zusammenhang den Dolmetscherdienst im Schwabinger Krankenhaus. Dort gibt es eigens ausgebildete

Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz, die im Pflegedienst arbeiten.

Erlauben Sie es mir, noch einmal auf die in den Ausschussberatungen gemachten Aussagen einzugehen. So, wie Sie es wollen, kommen wir den gesundheitlichen Problemen der Migranten und Migrantinnen, die in unserem Land leben, nicht bei.

Ich möchte nochmals auf die Asylbewerberinnen und Asylbewerber eingehen. Es stimmt nicht, dass sie, wie oft betont wird, einen besseren Gesundheitsschutz als Deutsche erhalten. Momentan ist es sogar so, dass die Migrantinnen und Migranten sowie die Asylbewerberinnen und Asylbewerber die Angebote – ich habe schon darauf hingewiesen – nicht ausreichend in Anspruch nehmen. Umso wichtiger ist der Ausbau der Prävention, doch dem haben Sie sich im Ausschuss widersetzt. Ich möchte deshalb an dieser Stelle an Sie appellieren: Lassen Sie uns gemeinsam auch im Gesundheitsbereich ein Signal aussenden und die Integration nachholen und vorantreiben. Dann können wir morgen und übermorgen mit Ihnen gerne darüber streiten, welches Angebot wir weiteren Zuwanderern machen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Kollegin Köhler, bitte.

Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen und unterstützen die Anträge der SPD-Fraktion. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass auch wir zu diesem Themenkomplex ein Antragspaket mit ähnlichen Forderungen, die bereits den Landtag durchlaufen haben, eingereicht haben.

Unsere Fraktion hat sich im Rahmen eines interkulturellen Parlaments mit den Fragen der interkulturellen Öffnung unseres Gesundheitswesens, der psychosozialen Versorgung der Migrantinnen und Migranten sowie der Altenpflege beschäftigt. Während man in Fachkreisen, zum Beispiel bei den Wohlfahrtsverbänden, aber auch beim Verband der Bayerischen Bezirke und in anderen Bundesländern auf diesem Gebiet einen Handlungsbedarf sieht und entsprechende Initiativen ergreift, stellt man sich in Bayern – vor allem im Bayerischen Landtag bei der Mehrheitsfraktion – regelrecht taub. Mit einer kaum zu überbietenden Ignoranz und Arroganz werden die Anträge, die die Opposition dazu stellt, abqualifiziert und kommentiert.

Für den Kollegen Freiherr von Rotenhan, den Berichterstatter im sozialpolitischen Ausschuss, ist das Problem mit seiner Feststellung erledigt, dass die Gesundheitsversorgung aller Migranten in Deutschland wesentlich besser sei als die, die sie zu Hause hätten. Deshalb müsse man kein schlechtes Gewissen haben. Ob Herr Kollege Freiherr von Rotenhan oder die Mehrheit der CSU dabei ein schlechtes Gewissen hat oder nicht, interessiert nicht.

Es geht um die Fragen, ob die Migrantinnen und Migranten eine adäquate und bedarfsgerechte Versorgung vorfinden und ob unser Gesundheitswesen und die Altenpflege auf die Versorgung von Migrantinnen und Migranten vorbereitet sind. Dazu wurden in anderen Bundesländern Forschungen durchgeführt und Modellprojekte initiiert. Nach einer in Nordrhein-Westfalen erarbeiteten Studie nehmen Migrantinnen und Migranten die Regeangebote unserer Gesundheitsvorsorge nicht in dem Maße an wie die einheimische Bevölkerung. Ferner wurde festgestellt, dass die Diagnosen bei Migranten eine wesentlich höhere Fehlerquote aufweisen und dass diese Menschen folglich falsch therapiert werden. Dies kann uns nicht gleichgültig sein. Schließlich ist, so das Ergebnis der Forschung, der Gesundheitszustand der zugewanderten Menschen wesentlich schlechter als der der übrigen Bevölkerung.

Herr Arif Ünal, der Leiter des Gesundheitszentrums für Migranten in Köln, hat bei unserem Fachgespräch dazu Folgendes ausgeführt:

Die Stressoren der Migration und der Assimilationsdruck der Aufnahmegesellschaft begünstigen oder provozieren das Auftreten von Krankheiten. Vielfältige Diskriminierungen in verschiedenen Lebensbereichen, ungünstige Arbeitsbedingungen sowie die oft unsichere wirtschaftliche und soziale Lage haben die Gesundheit der Migrantinnen und Migranten negativ beeinflusst. Der verzögerte Zugang zum Gesundheitssystem sowie die mangelnde adäquate Versorgung führen bei extrem hoher psychosozialer und körperlicher Belastung zu einer im Durchschnitt zehn Jahre früheren Invalidität bei türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern als bei einer Vergleichspopulation deutscher Arbeitnehmer. Schwangerschaft und Geburt verlaufen aufgrund der Mehrfachbelastung als Migrantin, Frau und Arbeiterin ohne Mutterschutz oftmals riskanter als bei einheimischen Frauen. Frühsterblichkeit und Müttersterblichkeit sind bei Migrantinnen überdurchschnittlich hoch.

Des Weiteren hat man in diesem Zentrum festgestellt, dass bei den Migranten Informationsdefizite über Angebote in unserem Gesundheitssystem existieren. Deshalb gehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Zentrums zum Beispiel in Moscheen, um über unser Gesundheitssystem aufzuklären, und erscheinen entsprechende Artikel in türkischsprachigen Zeitungen. Es gibt – so stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Zentrums fest – sprach- und kulturbedingte Zugangsbarrieren zu unserem Gesundheitssystem, und es existieren in der psychosozialen Versorgung Defizite. In einem Eckpunktepapier des Verbandes der Bayerischen Bezirke habe ich gelesen, dass der Verband der Bayerischen Bezirke dies auch in Bayern anmahnt und Modellprojekte fordert.

Das Gesundheitszentrum in Köln hat sich auf zwei Migrantengruppen konzentriert, und zwar auf die türkische und die russische Gruppe, weil sich hier nach einer Umfrage bei der Versorgung die größten Defizite ergaben. Ein großer Teil der russischen Migrantengruppe besteht aus Spätaussiedlern. Dies macht deutlich, dass auch die von Ihnen so gehätschelte Migrantengruppe

der Spätaussiedler letztendlich dieselben Probleme wie alle anderen Migrantengruppen hat.

Die CSU-Fraktion täte also gut daran, sich ernsthaft diesen Fragen zu stellen, anstatt, wie im Ausschuss geschehen, mit nur noch als dümmlich zu bezeichnenden Ausführungen zu kritisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundestagswahl hat gezeigt: In wesentlichen gesellschaftspolitisch relevanten Fragen sind Sie nicht auf der Höhe der Zeit. Deshalb haben Sie die Wahlen verloren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD)

Wenn Sie nicht weiter abhängen wollen, führen Sie mit uns wenigstens über diese Fragen eine qualifizierte Debatte. Mehr verlange ich nicht von Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Kollege Ettengruber.

Ettengruber (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will den weiteren Sitzungsverlauf nur unwesentlich verzögern. Daher verweise ich auf die Diskussion im federführenden sozialpolitischen Ausschuss. Frau Köhler, es freut mich, dass Sie sich über unsere politische Zukunft sorgen. Aber diese Sorgen machen wir uns selber. Dazu brauchen wir Ihre Anregungen nicht.

Ich möchte eines feststellen: Das gesamte Angebot der Gesundheitsversorgung in unserem Land steht allen Migranten zur Verfügung. Alle Angebote können von den Migranten genauso wie von den einheimischen Mitbürgern angenommen werden. Die von Ihnen hier aufgezeigten Probleme entstehen in den meisten Fällen dadurch, dass die Migranten nicht bereit sind, die deutsche Sprache zu lernen und dass sie sich damit im Rahmen des Gesundheitssystems nicht verständlich ausdrücken können.

(Beifall bei der CSU)

Glauben Sie denn wirklich, dass, wenn Sie heute in der Türkei leben wollen, der türkische Arzt Deutsch lernt, damit Sie ihm sagen können, wo es Ihnen wehtut? Wer bei uns leben will, muss auf uns zugehen und die deutsche Sprache lernen.

Damit sind die meisten der Probleme, die Sie anschneiden, gelöst.

(Beifall bei der CSU)

Darin liegt der grundlegende Unterschied der Auffassungen. Wir sind der Meinung: Wer in unser Land kommt, muss auf uns zugehen, muss den Willen haben, sich zu integrieren. Dazu gehört in erster Linie, so viel Deutsch zu lernen, um sich im Alltag verständlich machen zu können.

nen, sodass ein Migrant auch dem Arzt sagen kann, was ihm wehtut.

(Beifall bei der CSU)

Wir lehnen es ab, Sonderregelungen einzuführen, die nur deswegen notwendig sind, weil Migranten nicht bereit sind, sich bei uns zu integrieren und die deutsche Sprache zu lernen. Die Anträge sind abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik empfiehlt, die Anträge abzulehnen. Ich schlage vor, über die vier Anträge eine GesamtAbstimmung durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer entgegen dem Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik den Anträgen auf den Drucksachen 14/9364, 14/9365, 14/9366 und 14/9367 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit sind die Anträge abgelehnt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 19

Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Dr. Runge, Keller und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Änderung des Vergaberechtsänderungsgesetzes (Drs. 14/9698)

Ich eröffne die Aussprache. Redezeit: 15 Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Herr Dr. Runge.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anlass für den heutigen Antrag war die Diskussion um eine Tarif-treueregelung, wie wir sie zuletzt bei der Frage geführt haben, wie sich Bayern im Bundesrat verhält. Im Gefolge gab es einen kleinen Antrag der CSU auf der Drucksache 14/9458 betreffend Öffnung für landesrechtliche Regelungen. Diesem Antrag haben wir zugestimmt und ihn unterstützt. Wir meinen aber, dass mehr passieren muss.

Mit dem Vergaberechtsänderungsgesetz deckelt sich die öffentliche Hand in Deutschland übermäßig. Sie engt sich weit über das ein, was zum Beispiel von der EU gewollt und vorgegeben ist. Dies belegt auch ein ganz aktuelles Urteil des Europäischen Gerichtshofes betreffend den Busverkehr in Helsinki. Der Europäische Gerichtshof hat erklärt, dass sehr wohl sehr, sehr anspruchsvolle Umweltstandards als Vergabekriterium zulässig sind.

In dem Vergaberechtsänderungsgesetz vom 1. Januar 1999 hat der Bundesgesetzgeber das öffentliche Vergaberecht eng an das Wettbewerbs- und an das Kartellrecht angebunden. Damit werden die Spielräume öffentlicher Auftraggeber doch in einem ganz erheblichen Maße reduziert. Zwar soll es nach § 97 Absatz 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen öffentlichen Auftraggebern erlaubt sein, neben der Zuverlässigkeit, der Leistungsfähigkeit und der Fachkunde andere, auch weitergehende Anforderungen an Auftragnehmer zu stellen, sofern es hierfür ein Bundes- oder Landesgesetz gibt – hier hakt auch der Antrag der CSU ein, den ich vorhin genannt hatte. Diese Bestimmung scheint aber weitgehend ins Leere zu laufen, nämlich vor dem Hintergrund, dass es zum einen die §§ 19 und 20 GWB gibt, also Missbrauch marktbeherrschender Stellung, Verbot von Diskriminierung und unnötiger Behinderung, und dass sich zum anderen der Bundesgesetzgeber mit der Integration des öffentlichen Vergaberechts in das GWB bewusst für den institutionellen Wettbewerbsbegriff entschieden hat, der den Wettbewerb für beide Marktseiten vorsieht. Dies heißt: Der Aufnahme und Berücksichtigung so genannter vergabefremder Kriterien als Ausschreibungs- und Vergabebedingungen ist mit der Eingliederung des öffentlichen Vergaberechts in das Wettbewerbsrecht ein enger Riegel vorgeschoben worden.

Wenn wir uns jetzt das europäische Wettbewerbsrecht ansehen, stellen wir fest, dass es dort weitaus offener zugeht. Wir müssen nur die entsprechenden Vergaberichtlinien durchblättern, beispielsweise die Baukoordinierungsrichtlinie, die Lieferkoordinierungsrichtlinie, die Sektorenrichtlinie und zuletzt die Dienstleistungsrichtlinie. Alle diese Richtlinien schließen in ihrem Wortlaut keineswegs vergabefremde Kriterien aus. Sie sagen also im Wortlaut weder hinsichtlich der Eignungs- noch der Zuschlagskriterien etwas zu diesen so genannten vergabefremden Kriterien aus. Thematisiert werden die fachliche Eignung des jeweiligen Bewerbers im Hinblick auch auf seine wirtschaftliche, finanzielle und technische Leistungsfähigkeit sowie die Zuschlagskriterien des niedrigsten Preises bzw. des wirtschaftlichsten Angebotes.

Die Auftragsvergaberichtlinien sind kein Selbstzweck. Sie verfolgen das Ziel, die Ausübung der europäischen Grundfreiheiten zu erleichtern. Diskriminierung aufgrund von Nationalität soll verhindert werden. Der europäische Binnenmarkt ist zu perfektionieren. Als Konsequenz heißt dies für uns, dass vergabefremde Kriterien dann europarechtswidrig sind, wenn sie ausländische Anbieter gegenüber einheimischen Anbietern diskriminieren. Ganz entscheidend ist aber auch, dass diese Richtlinien mit dem EG-Vertrag übereinstimmen müssen, das heißt, ihr Inhalt muss mit den Zielen und Regelungen des EG-Vertrages in Einklang stehen. Wir wissen alle, dass der EG-Vertrag weitaus mehr will als nur den Binnenmarkt. Beispielsweise gibt es eine ganze Reihe anderer wichtiger Ziele. Diese Ziele sind schon in Artikel 2 des Europäischen Vertrages genannt. Ich greife jetzt ein paar Ziele heraus, weil Sie sicher ansprechen werden, auf was wir abzielen oder was Sie befürchten.

Ich greife die Frauenförderungs politik heraus. Sie ist auf europäischer Ebene durch die Artikel 2 und 3 (2) EGV unterstrichen. Dies ist eine Querschnittsklausel, in der die Gemeinschaft verpflichtet wird, bei all ihren Tätigkeiten die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern. Ich greife als weitere Kriterien den Umweltschutz und die Ausbildungsförderung heraus. Zum Umweltschutz gibt es die Artikel 2, 6 und 174 ff, in denen der Umweltschutz hervorgehoben ist. Die Bemühungen hinsichtlich der Ausbildung Jugendlicher dienen einem hohen Beschäftigungsniveau, das als Ziel im EGV in Artikel 2 festgelegt ist.

Ich fasse zusammen: Wir wollen mit unserem Antrag größere Spielräume für die öffentliche Hand bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erreichen, und zwar hinsichtlich der Vergabe- und Zuschlagskriterien. Die Tariflöhne sind ein ganz, ganz wichtiges Kriterium. Wir hatten im Frühjahr eine Diskussion darüber. Bayern hat sich der Zustimmung im Bundesrat verweigert. Über die Argumente mag man jetzt diskutieren. Jedenfalls hat uns das befremdet, weil wir in Bayern solche Regelungen für den Bau haben; gleichzeitig haben wir Empfehlungen, Tarif treueregelungen im öffentlichen Personennahverkehr abzufragen. Beim Bund will man solches dann nicht haben.

Selbstverständlich gilt es, dort noch eine Reihe von Problemen zu behandeln, beispielsweise, welcher Tarif überhaupt relevant ist, wenn die Tariftreue abgefragt wird. Ich habe mir einmal alle Tarife herausgeschrieben, die beim Münchner Verkehrsverbund gelten. Dort gibt es sieben entscheidende Tarife für eine Berufsgruppe, nämlich den Regeltarifvertrag der Stadtwerke München zwischen ver.di und dem kommunalen Arbeitgeberverband, den Bezirkstarif Nummer 20 – dies ist der von uns so gescholtene Absenkungstarifvertrag für die neu einzustellenden Fahrer –, den OZL-Tarifvertrag – dieser betrifft die Omnibus-Zubringerlinien –, den Haustarifvertrag des RVO mit Transnet, den KVB-Vertrag mit ver.di, den Flächentarifvertrag zwischen ver.di und dem LBO sowie einen Tarifvertrag mit der DB. Dies illustriert, wie schwierig es im Detail sein wird, wenn wir größere Freiheiten bekommen. Ich denke aber, dass das Ziel wichtig ist.

Nicht nur die Tariftreue sollte ein wichtiges Ziel sein. Ich habe andere Punkte genannt, zum Beispiel die Lehrlingsausbildung, die Frauenförderung und den Umweltschutz. Dies ist nach europäischem Recht möglich, wenn es sofort im Leistungsverzeichnis gefordert wird. Damit wird für mehr Wettbewerbsgleichheit gesorgt, nicht für weniger. Deshalb bitten wir um Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Kollege Dr. Scholz.

Dr. Scholz (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesem Antrag im vorberatenden Ausschuss zugestimmt,

weil wir der Auffassung sind, dass die Möglichkeiten im Bundesgesetz, über öffentliche Aufträge regionale Interessen zu vertreten, nicht ausreichen. Das Wettbewerbsrecht ist nur die eine Seite. Insbesondere regionale Gesichtspunkte müssten stärker einfließen. Die einzelnen Bundesländer haben unterschiedliche Strukturen. Diese müssen zum Ausdruck kommen.

Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben einige wesentliche Punkte genannt. Ich möchte noch einmal auf eine ganz besonders wichtige Überlegung eingehen: Von Unternehmen, die einen öffentlichen Auftrag annehmen, müssen wir auch verlangen, dass sie ausbilden. Dieses Ziel kommt in den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen nicht genügend zum Ausdruck. Sicherlich gibt es noch weitere wichtige Punkte. Ich nenne das Stichwort „Tariftreue“. Ich will es mir ersparen, auf die diesbezügliche gespaltene Haltung der CSU im Bund und im Land einzugehen. Nach diesen Argumenten müssten Sie eigentlich der Forderung an die Staatsregierung, im Bundesrat tätig zu werden, zustimmen. Dies wäre im Interesse des Landes und der Regionen dieses Landes.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Kollege Rotter.

Rotter (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): : Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antragsteller hat bereits ausgeführt, dass das Ziel des Antrags die Einführung so genannter vergabefremder Kriterien durch den Landesgesetzgeber ist. Diese Kriterien sollten künftig bei der Entscheidung berücksichtigt werden können. Das wollen wir nicht. Eine Tariftreue-Erklärung im Baugewerbe und im Personennahverkehr halten wir dagegen für sinnvoll. Der Antragsteller hat bei der Beratung im Ausschuss erklärt, er hätte diesen Antrag bereits vor zwei Jahren formuliert und ihn erst jetzt in die Beratung eingebracht. In diesen zwei Jahren ist natürlich einiges geschehen, vor allem im Bundestag und im Bundesrat; daher ist dieser Antrag überholt.

Der Bayerische Landtag hat im Juni 2000 das Bauauftragvergabe gesetz beschlossen und damit eine Tariftreue-Erklärung für das Baugewerbe eingeführt. Aufgrund einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs zu einem Berliner Tariftreue-Gesetz mussten wir in Bayern bestimmte Punkte herausnehmen, soweit eine marktbeherrschende Stellung der öffentlichen Hand zu befürchten ist. Deswegen gilt dieses Gesetz nur für den Hochbau, nicht jedoch für den Tiefbau. Beim Tiefbau ist eine marktbeherrschende Stellung der öffentlichen Hand gegeben.

Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu dieser BGH-Entscheidung steht immer noch aus; denn der BGH hat in den §§ 19 und 20 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen eine Grenze für landesrechtliche Regelungen gesehen. Zu einer bundesrechtlichen Regelung kam es bisher nicht, obwohl Bayern wiederholt Vorstöße unternommen hat, weil es eine landesrechtliche Öffnungsklausel erreichen wollte. Dies ist schließlich im Vermittlungsausschuss abgelehnt worden.

Da eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch aussteht, macht es keinen Sinn, einen neuerlichen Vorstoß zu unternehmen.

In der Begründung des Antrags wird von der Auffassung ausgegangen, dass die Grenzen für den Gesetzgeber darin bestehen, dass die Einbindung der Regelungen in das Wettbewerbs- und Kartellrecht europarechtliche Vorgaben weit überschreitet. Hauptziel der EU-Vergaberichtlinien ist ein funktionierender Wettbewerb, Stichwort „Binnenmarkt“. Nach unserer Auffassung sind daher vergabefremde Kriterien nur in einem sehr engen Rahmen zulässig und sinnvoll. Zentrales Zuschlagskriterium für die Vergabe öffentlicher Aufträge muss nach wie vor die Wirtschaftlichkeit bzw. der günstigste Preis sein. Wenn wir die Punkte, die Herr Dr. Runge aufgezählt hat, in das Gesetz hineinschreiben würden, hätten wir mit Sicherheit keine transparente und einfache Vergabe mehr. Das Ziel muss die Wirtschaftlichkeit bzw. der günstigste Preis sein. Deshalb plädieren wir für die Ablehnung des Antrags.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Jetzt hat noch Herr Kollege Dr. Runge ums Wort gebeten.

(Herrmann (CSU): Muss das sein?)

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Herrmann, ja, es muss sein. Der Redner der CSU hat nämlich signalisiert, dass er den Antrag nicht verstanden hat. Ihre ganze Fraktion hat diesen Antrag nicht verstanden. Ich verweise auf einen klaren Widerspruch in der Argumentation. Sie haben gesagt, ich hätte den Antrag vor längerer Zeit verfasst. Das ist richtig. Inzwischen gab es Gerichtsentscheidungen. Dann haben Sie erklärt, das Urteil des BGH stehe noch aus.

(Rotter (CSU): Ich sagte: das Urteil des Bundesverfassungsgerichts!)

– Richtig. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Urteile des BGH und des Berliner Kammergerichtes liegen vor. Herr Kollege Rotter, der Bundesgesetzgeber wollte mit Unterstützung Bayerns die Punkte, die ich gefordert habe, ermöglichen. Zur Erinnerung: Das öffentliche Vergaberecht ist vom öffentlichen Haushaltsrecht in das Wettbewerbsrecht „übergewandert“. In § 97 Absatz 4 GWB gab es jedoch eine Klausel, wonach es den öffentlichen Auftraggebern – egal ob Bund, Land oder Kommune – erlaubt sein soll, neben der Zuverlässigkeit, der Leistungsfähigkeit und der Fachkunde andere weiter gehende Anforderungen zu stellen, wenn dies in einem Bundes- oder Landesgesetz geregelt ist. Auch Bayern wollte das. Inzwischen hat man jedoch entdeckt, dass die §§ 19 und 20 das Gesetz dominieren. Die Bestimmungen des § 97 Absatz 4 GWB laufen also ins Leere, unabhängig davon, ob sie als Gesetzesvorbehalt oder als Ermächtigung für Landesgesetzgeber interpretiert werden. Das ist der entscheidende Punkt.

Der Bundesgesetzgeber hat also mit Unterstützung der Länder etwas gemacht, was er gar nicht machen wollte. Sie haben auf die europäischen Richtlinien verwiesen. Inzwischen ist geklärt, dass diese Punkte nach den europäischen Richtlinien umgesetzt werden könnten, weil die Ziele des EGV dominierend sind. Wichtig ist, dass keine Diskriminierung aufgrund der Nationalität erfolgt. Allerdings ist es ohne weiteres möglich, im Leistungsverzeichnis eine Schadstoffnorm für einen Bus, bestimmte Standards für die Lehrlingsausbildung oder Standards für die Frauenförderung festzuschreiben. Herr Kollege Rotter, das bedeutet natürlich nicht, dass tatsächlich ein ganzes Paket an Forderungen formuliert werden muss. Wir wollen aber eine Ermächtigung über ein Bundes- oder Landesgesetz.

Bezüglich der Tariftreue wird gerade gestritten. Dabei geht es um Artikel 12 und Artikel 14. Ich nenne das Stichwort „negative Koalitionsfreiheit“. Wenn überhaupt, könne dafür nur der Bund eine entsprechende Grundlage schaffen, nicht die Länder. Der Ausgang dieses Streits ist noch völlig offen. Auf jeden Fall bedarf es einer landes- oder bundesgesetzlichen Ermächtigung. Das bedeutet natürlich nicht, dass bei jeder Ausschreibung dieser ganze Katalog erscheinen muss. Wir sollten jedoch die Möglichkeit schaffen, wie dies der Bundesgesetzgeber im Jahre 1999 angestrebt hat. Deshalb bitte ich Sie noch einmal um Zustimmung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 25 Absatz 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten am 15. Oktober 2002 Herrn Kollegen Herbert Müller zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat. – Das Hohe Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Göppel hat ums Wort gebeten.

Göppel (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor Schluss der einhundertsten Plenarsitzung möchte ich mich nach acht Jahren Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag von Ihnen allen verabschieden. Ich habe vor dem Präsidenten die Rückgabe meines Mandats zum 31. Oktober wegen der Wahl in den Bundestag erklärt. Ich möchte Ihnen allen über die Fraktionsgrenzen hinweg für diese acht Jahre danken. Ich habe in dieser Zeit gelernt, wie man parlamentarische Mehrheiten für neue Ideen findet. Ich habe aber auch gelernt, wie

stark Beharrungskräfte sind und wie lange man manchmal braucht, um sie zu überwinden.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das kann man in der CSU selten!)

– Das ist bei Ihnen genauso. Das merke ich jetzt schon in Berlin.

(Beifall bei der CSU)

Immer dann, wenn Sie an der Regierung sind, werden die Beharrungskräfte größer.

Im Parlament in Berlin ist manches anders als im Bayerischen Landtag. Wir müssen jeden Morgen, wenn der Präsident den Saal betritt, wie in einer preußischen Dorfschule aufstehen.

(Heiterkeit)

In dieser Hinsicht ist der Bayerische Landtag schon erheblich ziviler und demokratischer.

(Heiterkeit)

Ich möchte auch im Deutschen Bundestag an neuen Ideen arbeiten, so an der Sicherung einer dezentral organisierten Wirtschaft mit Handwerk und Mittelstand; denn Oligopole töten den Wettbewerb. Das hat auch viel mit naturverträglicheren Produkten und mit einem nachhaltigeren Lebensstil zu tun. Das geht mit einer mittelständischen, handwerklich orientierten Wirtschaft viel besser als mit großen Strukturen.

Meine Damen und Herren, in den Gängen des Reichstags klagt man auch über mangelnde Zuständigkeiten; dort hört man, die große Richtung sei Europa, die Ausführungsebene sei das Land, was bleibe dann noch für die Ebene der Mitgliedstaaten? Ich möchte Ihnen also zurufen: Selbstbewusstsein der Länderparlamente in jeder Hinsicht ist angebracht. Glückauf!

(Allgemeiner Beifall)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Dr. Gauweiler hat ebenfalls ums Wort gebeten.

(Zeller (CSU): Es folgt das Wort zum Sonntag! – Dr. Hahnzog (SPD): Auch mal wieder da, Herr Gauweiler!)

Dr. Gauweiler (CSU): Frau Präsidentin, Herr Kollege Dr. Hahnzog, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit)

Ein letztes Mal habe ich die Gelegenheit, Ihnen, lieber Herr Hahnzog, zu entgegnen und mich gleichzeitig von Ihnen herzlich zu verabschieden.

Herr Kollege Göppel hat, wie so oft, über die Sache nur unvollständig berichtet.

(Heiterkeit)

Auf den Auftritt des Präsidenten Thierse, bei dem sich die Mitglieder des Bundestags, die im Reichstag versammelt sind, einmütig erheben, folgt ein wohlwollendes „Guten Morgen“ des Präsidenten. Darauf antwortet das Parlament, sich verbeugend, „Guten Morgen, Herr Präsident“.

(Große Heiterkeit – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Kollege Göppel ist im Gegensatz zu mir ein fortschrittlicher Mensch. Einen alten Reaktionär wie mich hat das tief beeindruckt.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mir eigentlich vorgenommen, hier eine große Abschiedsrede zu halten und meinen Kollegen ein letztes Mal mit einigen sinnvollen Anmerkungen zum Umbau oder Nichtumbau des Bayerischen Landtags auf die Nerven zu gehen.

(Heiterkeit)

Jetzt ist auch diese Gelegenheit zur Profilierung entschunden. So bleibt mir nur, an das Präsidium und an Sie, Frau Präsidentin, die herzliche Bitte zu richten, dass vielleicht doch gelegentlich trotz aller deutschen Liebe zur Verhüllung den Abgeordneten in diesem Raum das Gemälde „Die Seeschlacht von Salamis“ ad oculos geführt wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Jetzt ist es mir wenigstens einmal gelungen, die Zustimmung der Vorsitzenden der GRÜNEN zu erhalten. Als wichtiges Kulturereignis des Abendlandes ist diese Seeschlacht dem Bayerischen Landtag immer wieder in Erinnerung zu rufen.

Meine Eindrücke im Bundestag – wenn ich das als Kollege zu Kollegen sagen darf – sind wie immer zwiespältig. Meine Gefühle schwanken zwischen Bewunderung und deren Gegenteil. Innerhalb von drei Stunden musste ich fünfundzwanzigmal durch eine Sicherheitskontrolle gehen und musste mir anhören: Zeigen Sie zu Ihrem Abgeordnetenausweis immer noch den Personalausweis vor. Da erinnerte ich mich an ein Wort meiner Lieblingsschriftstellerin Tania Blixen, die Sie vielleicht von dem Film „Jenseits von Afrika“ kennen. Sie sagte immer: Wen die Götter strafen wollen, dessen Wünsche erfüllen sie.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Ich will auch von einem positiven Erlebnis berichten. Dank der Güte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU-Landesgruppe im Besonderen wurde ich in den Ausschuss des Bundestags für Kultur und Medien entsandt. Ich bin sogar schon stellvertretender Vorsitzender und Vertreter von meiner Umweltministerkollegin a. D. Monika Griefahn. In diesem Ausschuss habe ich eine

sehr bedeutende Rolle; denn die CSU hat dort in meiner Person nur einen einzigen Vertreter. Die CSU-Gruppe dieses Ausschusses hat schon mehrfach getagt und auch einige weitreichende Beschlüsse gefasst, von denen Sie noch hören werden.

(Große Heiterkeit)

Ich darf noch bekannt geben, dass heute Vormittag die Gründung des bedeutenden bayerisch-preußischen Parlamentarierstammtisches erfolgt ist. Er tagt sowohl im Reichstag als auch im Maximilianeum. Gelegentlich werden auch SPD und GRÜNE eingeladen. Ich freue mich auf die Zukunft mit Ihnen!

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass ich auch in Ihrem Sinne spreche, wenn ich beiden Kollegen für ihre Abschiedsworte danke. Ich wünsche Ihnen und dem Kollegen Dr. Heinz Köhler im Namen des Hohen Hauses und persönlich für Ihre neue verantwortungsvolle Aufgabe in Berlin viel Glück und Erfolg. Behalten Sie den Bayerischen Landtag in guter Erinnerung! Wir freuen uns auf den preußisch-bayerischen Stammtisch und hoffen, dass er öfter im Maximilianeum tagen wird. Nochmals alles Gute für Ihre Zukunft.

(Allgemeiner Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Schluß: 12.28 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 4**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfrage zur Ablehnung empfohlenen Anträge und Änderungsanträge zum Einzelplan 15:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Kosten für Aufwand der aus den Reihen der Tierschutzverbände berufenen Mitglieder der Kommissionen nach § 15 Tierschutzgesetz (TschG)
(Kap. 15 02)
Drs. 14/10370
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Hochschule für Musik Nürnberg-Augsburg
(Kap. 15 05 Tit. 686 10 6)
Drs. 14/10427
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater
(Kap. 15 05 TG 73)
Drs. 14/10402
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Förderung nichtstaatlicher Orchester
(Kap. 15 05 TG 75)
Drs. 14/10403
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Schuhmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Ausgaben für künstlerische Musikpflege, Begabten- und Nachwuchsförderung im Bereich Musik und Tanz sowie Förderung von bedeutenden Orchestern (Zuschüsse an die nichtstaatlichen Orchester)
(Kap. 15 05 TG 75)
Drs. 14/10404
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Förderung und Pflege der Bildenden Kunst
(Kap. 15 05 TG 77)
Drs. 14/10405
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Ausgaben für Sing- und Musikschulen, Laien- und Volksmusikpflege sowie Musikakademien
(Kap. 15 05 TG 80)
Drs. 14/10406
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Vereinbarkeit von Studium und Kindern
(Kap. 15 06)
Drs. 14/10407
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Erhöhung der Mittel für Studentenwerke für Wohnheimbau
(Kap. 15 06)
Drs. 14/10372
10. Antrag der Abgeordneten Hartmann, Boutter, Radermacher SPD
Staatliche Zuschüsse für den laufenden Betrieb der Universitätskliniken Doppelhaushalt 2003/2004
Drs. 14/9945
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;

- hier: Erhöhung der Mittel zur Sanierung und Modernisierung der Hochschulkliniken (Kap. 15 06)
Drs. 14/10373
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Erhöhung der Mittel für das Sonderprogramm zur Förderung von Hochschulabsolventen aus osteuropäischen Staaten (Kap. 15 06)
Drs. 14/10371
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Präsentation der Hochschulen im Ausland (Kap. 15 06)
Drs. 14/10375
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Neue TG „Forschungsförderprogramm: Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Vermeidung von Tierversuchen an Bayerischen Hochschulen“ (Kap. 15 06, neue TG)
Drs. 14/10376
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Sammelansätze für den Gesamtbereich der Hochschulen (Kap. 15 06)
Drs. 14/10408
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Kürzung der Mittel für den Ankauf von Versuchstieren (Kap. 15 09 TG 81)
Drs. 14/10377
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Bodendenkmalpflege ausbauen (Kap. 15 74 TG 74)
Drs. 14/10428
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Lochner-Fischer, Strasser, Dr. Baumann u.a. SPD
Haushaltsplan 2003/2004;
hier: Bayerische Staatsbibliothek (Kap. 15 90)
Drs. 14/10409

Beschlußempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge (Tagesordnungspunkt 13) zu Grunde gelegt wurden

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Boutter, Dr. Jung u. a. SPD
Neuermittlung der Zweitwohnsitze
Drs. 14/5180, 14/9927 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Schopper u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Aktive Eingliederung von Migrantinnen und Migranten in unser Gesundheitssystem (1)
Drs. 14/8244, 14/10163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Schopper u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Aktive Eingliederung von Migrantinnen und Migranten in unser Gesundheitssystem (2)
Drs. 14/8245, 14/10164 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Schopper u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Aktive Eingliederung von Migrantinnen und Migranten in unser Gesundheitssystem (3)
Drs. 14/8246, 14/10165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Schopper u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Aktive Eingliederung von Migrantinnen und Migranten in unser Gesundheitssystem (4)
Drs. 14/8247, 14/10166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Schopper BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Pflegequalität in den Altenpflegeeinrichtungen mit einer Studie über Dekubitus überprüfen
Drs. 14/9061, 14/10168 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Kronawitter, Lochner-Fischer, Hirschmann u. a. SPD
Bericht zur Gesundheit von Frauen in Bayern
Drs. 14/9063, 14/10167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Hirschmann, Wahnschaffe, Dr. Hahnzog u.a. SPD
Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Migrantinnen und Migranten in Bayern
hier: Ausbau der Anstellung ausländischer Beschäftigter im Bereich der Gesundheitsberufe
Drs. 14/9368, 14/10169 (A)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für | CSU | SPD | GRÜ |
| Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik | A | Z | Z |
9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Rotter, Dingreiter u.a. und Fraktion CSU
Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft; Investitionsanreize für den Wohnungs- und Infrastrukturausbau
Drs. 14/9669, 14/10188 (G)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für | CSU | SPD | GRÜ |
| Wirtschaft, Verkehr und Technologie | Z | A | A |
10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Kellner, Münzel u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bauoffensive für Bayern
Drs. 14/9677, 14/9966 (A)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für | CSU | SPD | GRÜ |
| Staatshaushalt und Finanzfragen | A | Z | Z |
11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Wahnschaffe, Hirschmann u.a. und Fraktion SPD
Aufruf zur Vernunft – Gesundheitspolitik verantwortlich gestalten
Drs. 14/9697, 14/9938 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik | CSU | SPD | GRÜ |
| | A | Z | Z |
12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Fickler, Kobler, Unterländer u.a. und Fraktion CSU
Qualität der sog. Disease-Management-Programme (DMP) sicherstellen
Drs. 14/9814, 14/9939 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für | CSU | SPD | GRÜ |
| Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik | Z | A | A |
13. Antrag der Abgeordneten Kobler, Unterländer, Dr. Zimmermann u.a. CSU
Fortführung und Intensivierung der Hautkrebsfrüherkennung
Drs. 14/9844, 14/10171 (G)
- | | | | |
|---|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für | CSU | SPD | GRÜ |
| Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik | Z | ENTH | A |
14. Antrag des Abgeordneten Ettengruber CSU, Mehrlich SPD, Tausendfreund BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kommunale Daseinsvorsorge; Anhörung zur Diskussion über Privatisierung der kommunalen Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung
Drs. 14/9944, 14/10139 (E)
- | | | | |
|--|------------|------------|------------|
| Votum des federführenden Ausschusses für | CSU | SPD | GRÜ |
| Kommunale Fragen und Innere Sicherheit | Z | Z | Z |

Anlage zur Tagesordnung der 99. und 100. Plenarsitzung:

(Tagesordnungspunkt 13)

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 63 Abs. 6 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Kennzeichnung mit [x] = abweichendes Votum bei der Mitberatung, so weit bei Versand der Tagesordnung die Beschlussempfehlungen und Berichte vorlagen

(E) bedeutet einstimmige Zustimmung; (ENTH) Zustimmung mit Enthaltungen;

(G) Zustimmung mit Gegenstimmen; (A) Ablehnung.

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 01. Oktober 2002 (Vf. 10-VII-02) betreffend

Antrag vom 20. August 2002 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Sätze 2 und 3 des Gesetzes über die Entwicklung, Förderung und Veranstaltung privater Rundfunkangebote und anderer Mediendienste in Bayern (Bayerisches Mediengesetz - BayMG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 2002 (GVBl S. 154, BayRS 2251-4-S) AIII/G-1310/02-8
Drs. 14/10433 (ENTH)

Im federführenden Ausschuss für
Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichtersteller: **Klinger**
Mitberichtersteller: **Volkmann**

Anträge

Antrag der Abgeordneten Sinner, Mirbeth, Schreck u.a. CSU

NEUE SOZIAL- UND BÜRGERKULTUR

Kommunale Finanzverfassung

Drs. 14/3518, 14/10426 (E)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Schmitt-Bussinger u.a. und Fraktion SPD

Sondermüllverbrennungsanlage Schwabach

Drs. 14/8211, 14/10334 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Landesentwicklung und Umweltfragen waren
Berichterstellerin: **Schmitt-Bussinger**

Mitberichterstellerin: **Schweder**

Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Dr. Dürr, Köhler Elisabeth u.a. und

Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Sondermüllverbrennungsanlage in Schwabach/Rednitzhembach

Drs. 14/8452, 14/10335 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Landesentwicklung und Umweltfragen waren

Berichterstellerin: **Paulig**

Mitberichterstellerin: **Schweder**

Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Dr. Runge, Kellner u.a. und
Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Verkehrsdurchführungsvertrag
Mehr Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr
Drs. 14/8852, 14/10195 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichtersteller: **Dr. Runge**
Mitberichtersteller: **Rotter**
Antrag der Abgeordneten Dr. Hahnzog u.a. SPD
Einbürgerungen in Bayern
Drs. 14/8955, 14/10369 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen waren
Berichterstellerin: **Narnhammer**
Mitberichtersteller: **König**
Antrag der Abgeordneten Maget, Hecht, Dr. Baumann u.a. und Fraktion SPD
Angliederung von Fachschulen und -akademien an Fachhochschulen
Drs. 14/9128, 14/10357 (E)
Antrag der Abgeordneten Loscher-Frühwald, Ranner, Kreidl u.a. CSU
Änderung des Antragsverfahrens zur Vergütung der Mineralölsteuer für Betriebe der
Land- und Forstwirtschaft (Agrardieselvergütung)
Drs. 14/9181, 14/10266 (E)
Antrag der Abgeordneten Göppel, Loscher-Frühwald, Ranner u.a. CSU
Umweltgerechte Nutzung öffentlicher Flächen durch Landwirte
Drs. 14/9357, 14/10332 (E)
Antrag des Abgeordneten Wörner SPD
Fördermittel für Modernisierung der Demonstrationsanlage zur Brüdenverdichtung am
Lehrstuhl für Energie- und Umwelttechnik der Lebensmittelindustrie der TU München
Drs. 14/9401, 14/10358 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Hochschule, Forschung und Kultur waren
Berichtersteller: **Vogel**
Mitberichtersteller: **Freiherr von Redwitz**
Antrag des Abgeordneten Prof. Dr. Vocke CSU
Ausbringung von Tiermehl auf landwirtschaftlichen Fluren
Drs. 14/9432, 14/10333 (E)
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Schammann und
Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Giftmüllentsorgung auf Neuendettelsauer Acker
Drs. 14/9437, 14/10437 (E)
Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Kellner und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bericht über die wirtschaftliche Situation von im Beteiligungsbericht 2001 aufgeführten
Grundstücksgesellschaften
Drs. 14/9521, 14/10367 (E)

Antrag der Abgeordneten Köhler Elisabeth, Dr. Runge, Kellner u.a. und
Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Airport-Express zur raschen Anbindung des Flughafens München II an den Bahn-
Fernverkehr
Drs. 14/9522, 14/10183 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichtersteller: **Dr. Runge**
Mitberichtersteller: **Rotter**
Antrag der Abgeordneten Dr. Baumann, Hufe, Odenbach u.a. SPD
Laufbahnrechtliche Zuordnung der Bachelor- und Masterstudiengänge der
Fachhochschulen
Drs. 14/9523, 14/10444 (E)
Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Münzel, Schopper und
Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Frauengesundheit I
Gesamtkonzept
Drs. 14/9639, 14/10261 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik waren
Berichterstellerin: **Schopper**
Mitberichtersteller: **Dr. Zimmermann**
Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Münzel, Schopper und
Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Frauengesundheit II
Gesundheitskonferenzen
Drs. 14/9640, 14/10260 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik waren
Berichterstellerin: **Schopper**
Mitberichtersteller: **Dr. Zimmermann**
Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Münzel, Schopper und
Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Frauengesundheit III
Landesweite Aktionswochen
Drs. 14/9641, 14/10259 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik waren
Berichterstellerin: **Schopper**
Mitberichtersteller: **Dr. Zimmermann**
Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Münzel, Schopper und
Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Frauengesundheit IV
Landes-Vernetzungsstelle
Drs. 14/9642, 14/10258 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik waren
Berichterstatlerin: **Schopper**
Mitberichterstatter: **Dr. Zimmermann**
Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Münzel, Schopper und
Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Frauengesundheit V
Bericht über aktuelle geschlechterdifferenzierte Forschung
Drs. 14/9643 (A) Beschlussempfehlung und Bericht wird verteilt

Im federführenden Ausschuss für
Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik waren
Berichterstatlerin: **Schopper**
Mitberichterstatter: **Dr. Zimmermann**
Antrag der Abgeordneten Schuster, Schmitt-Bussinger, Dr. Scholz u.a. SPD
Unmittelbare Verständigung der Kommunen von anstehenden Castortransporten der
AKWs in Bayern
Drs. 14/9645, 14/10310 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit waren
Berichterstatter: **Schuster**
Mitberichterstatter: **Heike**
Antrag der Abgeordneten Prof. Männle, Dr. Wilhelm, Prof. Dr. Eykman u.a. CSU
Laufbahnrechtliche Einordnung von Bachelor- und Master-Abschlüssen an
Fachhochschulen
Drs. 14/9646, 14/10400 (E) [X]
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Gartzke u.a. und
Fraktion SPD
Direkte Gespräche zwischen Atomaufsicht des Bundes, bayerischem
Umweltministerium und TÜV Süddeutschland
Drs. 14/9653, 14/10337 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Landesentwicklung und Umweltfragen waren
Berichterstatter: **Wörner**
Mitberichterstatter: **Hofmann**
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Dr. Runge, Kellner u.a. und
Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Keine Transrapid-Anbindung des Flughafens München II
Drs. 14/9668, 14/10187 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren
Berichterstatter: **Dr. Runge**
Mitberichterstatter: **Rotter**
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Werner-Muggendorfer u.a.
und Fraktion SPD

Sanierung, Haftung, Kontrolle und Vorsorge - die Lehren aus dem Umweltskandal in Neuendettelsau -

Drs. 14/9670, 14/10338 (E)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Pranghofer, Odenbach und Fraktion SPD

Bildungsansprüche erfüllen - Weg mit der Budgetlücke an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen

Drs. 14/9681, 14/10423 (A)

Im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen waren

Berichterstatter: **Strasser**

Mitberichterstatter: **Sackmann**

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Kaul u.a. und Fraktion CSU
Folgen aus Giftmüllskandal in Neuendettelsau

Drs. 14/9684, 14/10438 (E)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Schammann, Paulig und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Giftmüllskandal Neuendettelsau

Drs. 14/9685, 14/10440 (A)

Im federführenden Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen waren

Berichterstatterin: **Paulig**

Mitberichterstatter: **Meißner**

Antrag der Abgeordneten Stahl Georg, Gabsteiger, Guckert u.a. CSU
Neu-Konzeption der staatlichen Versuchsanstalt für Gartenbau Weihenstephan

Drs. 14/9745, 14/10424 (E)

Antrag der Abgeordneten Dr. Wilhelm, Schneider Siegfried, Donhauser u.a. CSU
Anpassung der Ausbildungskapazität im Fach Wirtschaftspädagogik

Drs. 14/9751, 14/10359 (E)

Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Dodell u.a. CSU

Warnwesten in privat genutzten Pkws

Drs. 14/9752, 14/10311 (E)

Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Dr. Runge, Kellner u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Anhörung zum Schienengüterverkehr in Bayern

Drs. 14/9753, 14/10431 (E)

Antrag der Abgeordneten Freiherr von Redwitz, Donhauser, Dr. Wilhelm u.a. CSU
Nutzung von Metalldetektoren im freien Gelände

Drs. 14/9780, 14/10360 (E)

Antrag der Abgeordneten Ach, Meyer, Dinglreiter u.a. CSU

Angriff auf Föderalismus und Benachteiligung der bayerischen Wirtschaft durch geplante Neuorganisation der Bundesbank

Drs. 14/9783, 14/10368 (E)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Schläger, Schieder Werner u.a. und Fraktion SPD

Durchgehende Eisenbahnverbindung Oberstdorf - München - Regensburg - Hof

(Leipzig)

Drs. 14/9799, 14/10434 (E)

Antrag der Abgeordneten Schläger, Schieder Werner, Dr. Kaiser u.a. SPD

Tarifvertrag bei Verkehrsleistungen im SPNV

Drs. 14/9838, 14/10435 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren

Berichterstatter: **Schläger**

Mitberichterstatter: **Rotter**

Antrag der Abgeordneten Schläger, Schieder Werner, Dr. Kaiser u.a. SPD

Verkauf der Regentalbahn

Drs. 14/9839, 14/10439 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren

Berichterstatter: **Schläger**

Mitberichterstatter: **Rotter**

Antrag der Abgeordneten Schläger, Schieder Werner, Dr. Kaiser u.a. SPD

Keine weiteren einseitigen Leistungsvergaben an die Vogtlandbahn

Drs. 14/9840, 14/10441 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Wirtschaft, Verkehr und Technologie waren

Berichterstatter: **Schläger**

Mitberichterstatter: **Rotter**

Antrag der Abgeordneten Schmitt-Bussinger, Gartzke, Werner u.a. SPD

Ausstiegsszenario für die Sondermüllverbrennungsanlage Schwabach bis 2010

Drs. 14/9842, 14/10339 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Landesentwicklung und Umweltfragen waren

Berichterstatterin: **Schmitt-Bussinger**

Mitberichterstatterin: **Schweder**

Antrag der Abgeordneten Schmitt-Bussinger, Gartzke, Werner u.a. SPD

Mengenbegrenzung für die Sondermüllverbrennung Baar/Ebenhausen

Drs. 14/9843, 14/10340 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Landesentwicklung und Umweltfragen waren

Berichterstatterin: **Schmitt-Bussinger**

Mitberichterstatterin: **Schweder**

Antrag der Abgeordneten Paulig, Dr. Runge, Tausendfreund BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Verbesserung der Informationslage über bevorstehende Castortransporte

Drs. 14/9885, 14/10312 (A)

Im federführenden Ausschuss für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit waren

Berichterstatterin: **Tausendfreund**

Mitberichterstatter: **Heike**

Antrag der Abgeordneten Müller Willi, Loscher-Frühwald, Prof. Dr. Vocke u.a. und
Fraktion CSU

Vermeidung von übermäßigen Wildschäden durch dem Jagdrecht unterliegende
Federwildarten

Drs. 14/9898, 14/10267 (E)